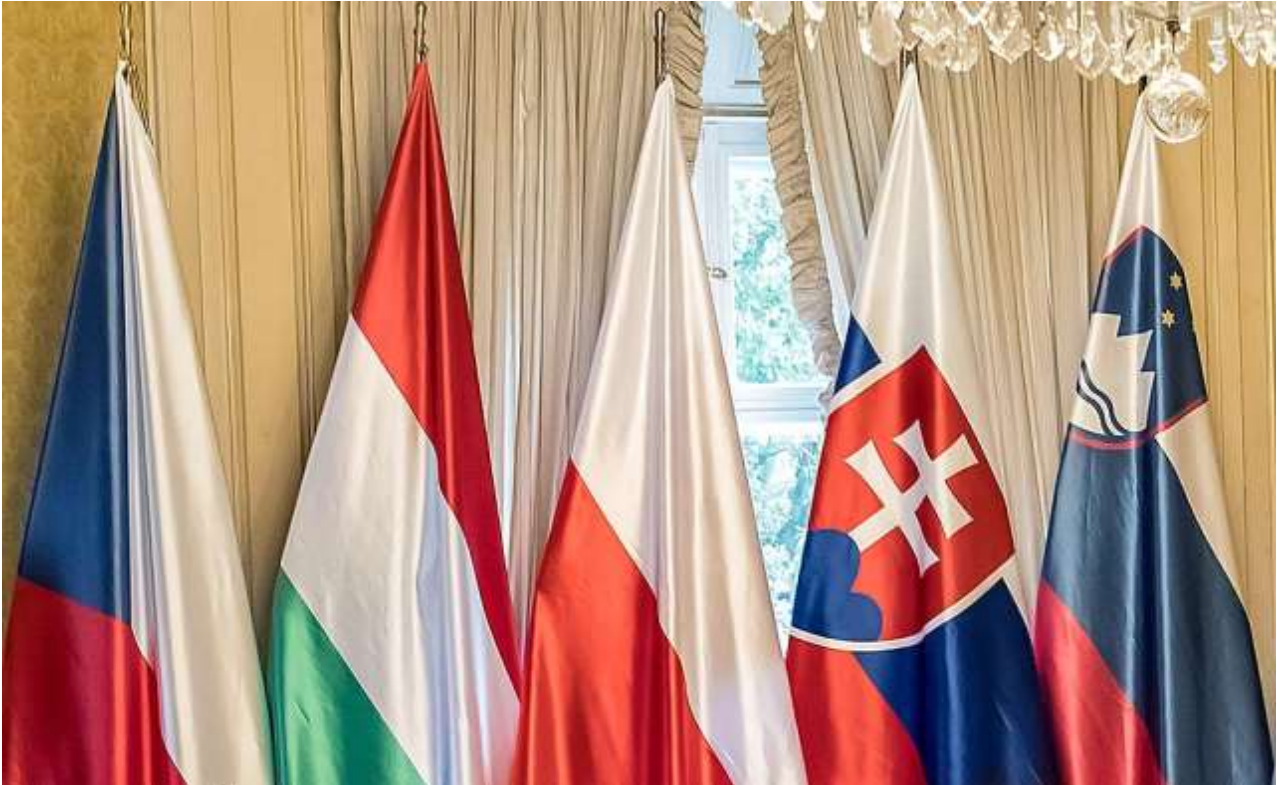


01) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 06. bis 12. September 2021

13. 09. 2021



Bildquelle: Demokracija

V4

- Laut Oliver Hermes, Geschäftsführer des deutschen Unternehmens Wilo und Präsident des Bundesverbands der Deutschen Ostwirtschaft, der am 3. September von Remix zitiert wurde, könnten die zunehmenden Spannungen zwischen Deutschland und den konservativen mitteleuropäischen Ländern Ungarn und Polen „das [deutsche] Wachstum ernsthaft behindern“, während Osteuropa „zu einem wichtigen Partner für deutsche Unternehmen wird“ und bereits ein Fünftel des westdeutschen Außenhandels ausmacht.

Ungarn

- Laut einer kürzlich durchgeführten Umfrage in zwölf EU-Mitgliedstaaten fühlen sich 88 % der Ungarn in ihrem täglichen Leben frei, während nur 46 % der Deutschen und 57 % der Österreicher diese Meinung teilen.
- Auf ihrer Sitzung am Mittwoch, den 8. September, hat die ungarische Regierung einen Antrag angenommen, der Polen unterstützt und die Haltung Brüssels gegenüber Polen verurteilt. In diesem Zusammenhang erklärte die ungarische Justizministerin Judit Varga auf Facebook, die Europäische Kommission habe „einen brutalen Angriff auf Polen gestartet und sich in beispielloser Weise in den Justiz- und Gesetzgebungsprozess eines souveränen Mitgliedstaates eingemischt. Dieses Vorgehen ist nicht nur ungeheuerlich, sondern auch völlig inakzeptabel [...] Mit dieser

- ungeheuerlichen und arroganten Entscheidung hat die Kommission eine Grenze überschritten, die wir bisher für undenkbar hielten.
- In einem von SpiritFM am 4. September ausgestrahlten Interview erklärte der ungarische Staatssekretär für die Unterstützung verfolgter Christen, Tristan Azbej, dass seit der Machtübernahme der Taliban in Kabul am 15. August bereits zwischen 8.000 und 10.000 christliche Afghanen gezwungen wurden, ihr Land zu verlassen, wobei das neue Regime eindeutig die physische Liquidierung dieser religiösen Minderheit anstrebt. Davon wurden 700 von Ungarn aufgenommen.
 - Der Sommer neigt sich dem Ende zu und der Beginn des akademischen Jahres rückt näher, aber dieses Jahr wird es nicht für alle so sein. Die Semmelweis-Universität für Medizin in Budapest gab am Donnerstag, den 9. September, bekannt, dass „Studenten, die die Impfung ohne triftigen medizinischen Grund verweigern [... ..] sich zwar an der Semmelweis-Universität einschreiben, aber ihr Studium nicht beginnen dürfen, [weil] es inakzeptabel und mit den Wünschen der Studienanfänger unvereinbar ist, ihre verletzlichen Mitmenschen zu gefährden, indem sie nicht alles tun, um sich selbst und ihre Umwelt zu schützen [und dass] die medizinische und gesundheitswissenschaftliche Ausbildung ohne praktischen Unterricht nicht denkbar ist, wenn die Studenten in Apotheken, am Krankenbett oder bei Verletzten lernen und mitarbeiten“. In der Praxis bedeutet dies eine obligatorische Impfung gegen Covid für alle Medizinstudenten.
 - Der ungarische Tourismussektor ist von der Pandemie und den gesundheitlichen Einschränkungen stark betroffen. Die Zahl der ausländischen Touristen in Ungarn ist 2020 im Vergleich zu 2019 um 70 % zurückgegangen, was laut Welttourismusbarometer in etwa dem europäischen Trend entspricht: 66 % im ersten Halbjahr 2020 und sogar 97 % im zweiten Halbjahr 2020. Dieser Trend setzt sich auch in diesem Jahr fort.
 - Der 52. Eucharistische Kongress (IEC 2020) fand diese Woche in Budapest statt – die letzte Veranstaltung in Budapest fand 1938 statt. Zum Abschluss der Veranstaltung feierte Papst Franziskus vor Zehntausenden von Gläubigen eine riesige Messe auf dem Heldenplatz, kurz nachdem er fast 40 Minuten lang mit dem Präsidenten der Republik sowie mit Ministerpräsident Viktor Orbán und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Zsolt Semjén zusammengekommen war.

Polen

- Im Einklang mit seinen Verpflichtungen gegenüber dem Atlantischen Bündnis hat sich Polen bereit erklärt, 500 afghanische Flüchtlinge für drei Monate aufzunehmen, wobei höchstens 50 von ihnen dauerhaft im Land bleiben dürfen, wie Michał Dworczyk, der Leiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten, ausdrücklich erklärte. Ein erstes Kontingent von 114 Afghanen traf daher in der Nacht vom 3. auf den 4. September von der US-Basis in Ramstein in Poznań (Posen) ein. Polen hat bereits Afghanen, die für polnische Dienste gearbeitet haben, sowie deren Familien aufgenommen, insgesamt 900 Personen.
- Nachdem die linke Opposition und die PO einen Antrag eingebracht hatten, der die Aufhebung des Präsidialdekrets zur Verhängung des Ausnahmezustands in einem Grenzstreifen entlang der polnisch-weißrussischen Grenze forderte, kam es am Montag, dem 6. September, zu einer hitzigen Debatte im polnischen Parlament, in der Ministerpräsident Mateusz Morawiecki daran erinnerte, dass Polen es mit einer „groß angelegten politischen Provokation zu tun hat, die den Versuch betrifft, illegale Migranten über die polnische Grenze zu drängen“. Der Sejm lehnte es schließlich ab (mit 247 zu 168 Stimmen bei 20 Enthaltungen), den Ausnahmezustand im Grenzgebiet zu Weißrussland aufzuheben.

- Angesichts der neuen Initiativen der Europäischen Kommission gegen Polen gibt es in Europa viele Stimmen, die ihre Solidarität mit Warschau zum Ausdruck bringen. Nachdem die ungarische Regierung eine entsprechende Resolution verabschiedet hatte, erklärte der spanische Europaabgeordnete Hermann Tertsch von der Vox-Bewegung: „Im nächsten Schritt der ständigen ideologischen Erpressung, die sich die Europäische Kommission unter der Leitung von Ursula von der Leyen gegen Polen und Ungarn erlaubt, wurde angekündigt, dass die Auszahlung von Mitteln aus dem Wiederaufbaufonds für beide Länder ausgesetzt wird. [...] Natürlich unter dem Vorwand, bestimmte Anforderungen nicht zu erfüllen. Keiner der Verträge besagt jedoch, dass die Mitgliedstaaten ideologischen Druck von Seiten der EU akzeptieren müssen, wie z. B. die Vermittlung der Gender-Ideologie in den Schulen. Und deshalb ist diese Aktion illegal [...] sie bedeutet langsamen Selbstmord für die EU, weil sie die Politik der Sozialdemokratie allen Ländern aufzwingen will. [...] Die unerbittliche Verfolgung von Polen und Ungarn geht weiter. Das ist eine sehr schlechte Nachricht, aber nicht nur für Polen und Ungarn, sondern für die gesamte Europäische Union und alle, die noch auf ein gemeinsames europäisches Projekt gehofft haben.
- Im Rahmen des Militärmanövers „Lynx-21“, das vom 5. bis 20. September in Polen stattfand, wurde die 12. mechanisierte Division aus Stettin (Pommern) – 4.000 Soldaten und 1.000 Fahrzeuge – in die Nähe von Nowa Dęba in der Woiwodschaft Podkarpackie (Karpatenvorland) verlegt. Mit dieser Übung sollen die Kapazität und die Geschwindigkeit der Verlegung der Truppen getestet werden.
- Der stellvertretende Bürgermeister von Krakau, Jerzy Muzyk, kündigte die bevorstehende Gründung eines neuen Stadtteils der südpolnischen Metropole an, der 9 km vom Stadtzentrum entfernt liegt und auf einer Fläche von 700 ha, darunter 65 ha Waldparks, 100.000 Einwohner beherbergen soll. Die wichtigste Neuerung dieses Projekts besteht darin, dass es auch eine „grüne Stadt“ sein wird: „Wir versuchen, das Viertel so zu gestalten, dass es den heutigen Herausforderungen wie dem Kampf gegen den Klimawandel, dem Umweltschutz und der Beseitigung der so genannten Wärmeinseln gerecht wird“, erklärte Herr Muzyk.
- Nachdem die Sprinterin Kristina Timanovskaya, die nach einem Streit mit ihren Trainern während der Olympischen Spiele in Tokio offenbar gegen ihren Willen nach Minsk zurückgeschickt werden musste, schließlich in Polen Zuflucht gefunden hat, haben die Warschauer Behörden nun auch der weißrussischen Reiterin Olga Safranowa Asyl gewährt, die nach Kritik an den weißrussischen Behörden ebenfalls aus ihrer Nationalmannschaft ausgeschlossen wurde. „Wenn ich Weißrussland nicht verlassen hätte, wäre es für mich gefährlich gewesen“, sagte Safranowa.
- Nach den Ungarn nun die Polen... Nach dem Spiel zwischen England und Polen, am Mittwoch, den 8. September in Warschau, beschwerte sich der englische Spieler Kyle Walker über rassistisches Verhalten des polnischen Spielers Kamil Glik. Der Spieler bestreitet die Vorwürfe.
- Vom 7. bis 9. September fand in Karpacz (Krummhübel), Niederschlesien, das XXX Wirtschaftsforum statt. Mit 4.500 Teilnehmern, hauptsächlich aus Mitteleuropa, ist das Wirtschaftsforum die größte Veranstaltung dieser Art im postsozialistischen Europa und wird von der Presse oft als „polnisches Davos“ bezeichnet. Unternehmer, Politiker, Journalisten und Akademiker konnten drei Tage lang auf mehreren Konferenzen ihre Ansichten darlegen und frei diskutieren.

Slowakei

- Nach einer Anfang September von Median SK durchgeführten und von der Tageszeitung Novinky zitierten Umfrage würde bei den Parlamentswahlen in der Slowakei an diesem Wochenende die Partei Hlas-SD des ehemaligen Ministerpräsidenten Peter Pellegrini mit 16,3 % der Stimmen vor ihrem verfeindeten

- Bruder Smer-SD von Robert Fico (12,7 %), die Liberalen von Freiheit und Solidarität (12,3 %), die OL'ANO-Bewegung von Finanzminister Igor Matovič (10 %), die Konservativen von Sme Rodina (7,2 %) und eine neue rechtsextreme Partei, Republika (5,4 %), eine Abspaltung der Bewegung von Marian Kotleba, die voraussichtlich 3,3 % erreichen wird.
- Am Mittwoch, den 8. September, entschuldigte sich das Kabinett des slowakischen Premierministers Eduard Heger offiziell für die Umsetzung des „jüdischen Kodex“, der den slowakischen Juden ab dem 9. September 1941 den Zugang zu Bildung und sozialem Leben verbot. „Die Regierung der Slowakischen Republik fühlt sich heute moralisch verpflichtet, öffentlich ihr Bedauern über die von der damaligen Staatsmacht begangenen Verbrechen zum Ausdruck zu bringen, nämlich die Verabschiedung einer beschämenden Verordnung, die die Menschenrechte und Grundfreiheiten von Bürgern jüdischer Herkunft einschränkt“, so Ministerpräsident Eduard Heger in einer Erklärung.
- Papst Franziskus ist am Sonntag, den 12. September, in der Slowakei eingetroffen und wird bis Mittwoch bleiben. Während seines Besuchs auf Einladung der Präsidentin der Republik, der progressiven Zuzana Čaputová, wird der Papst Bratislava (Pressburg), Košice (Kaschau) und Prešov (Eperies) besuchen.

Tschechische Republik

- Der slowenische Finanzminister Andrej Šircelj, dessen Land derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, kündigte am Dienstag, den 7. September, an, dass „die Tschechische Republik [...] bald mit der Umsetzung [ihres] Konjunktur- und Resilienzplans beginnen kann“, der am Vortag von den europäischen Finanzministern verabschiedet worden war. Damit kann die Tschechische Republik die erste Tranche der ihr zustehenden 180 Milliarden Kronen (7 Milliarden Euro) erhalten.
- Wie am 2. September beim Start der ANO-Kampagne in Ústí nad Labem (Aussig a.d. Elbe) deutlich wurde, sind die Beziehungen zwischen dem tschechischen Premierminister Andrej Babiš und seinem Sohn nicht die besten... Andrej Babiš Jr. erklärte gegenüber der Presse, dass er beabsichtige, Strafanzeige gegen seinen Vater zu erstatten: „Gegen mich wurden Verbrechen begangen. Mein Vater muss sich für das verantworten, was er es gewagt hat, mir anzutun“, erklärte er und beschuldigte insbesondere den tschechischen Premierminister, ihn auf der Krim entführen zu lassen, um ihn daran zu hindern, über die angebliche Veruntreuung europäischer Gelder in der sogenannten Storchennest-Affäre zu sprechen. Andrej Babiš Sr. seinerseits weist die Anschuldigungen seines Sohnes kategorisch zurück.
- Der tschechische Außenminister Jakub Kulháněk reiste am Dienstag, den 7. September, nach Vilnius (Wilna, Litauen), wo er mit dem litauischen Innenminister Agnė Bilotaitė eine Vereinbarung unterzeichnete, wonach die Tschechische Republik eine halbe Million Euro für den Bau des Grenzzauns an der weißrussischen Grenze bereitstellen wird.

Slowenien

- 10.9. der Minister für Digitalisierung Mark Boris Andrijanič und Staatssekretär Mag. Peter Geršak traf sich mit der Ministerin für Auslandsslowenen, Helena Jaklitsch, und Dr. Jureto Leskovec, um die notwendigen Änderungen zur Förderung der Rückkehr slowenischer Fachkräfte zu besprechen. Seit vielen Jahren ist die Abwanderung junger Menschen ins Ausland eines der drängendsten Probleme unseres Landes, da die wirtschaftliche Lage es unmöglich gemacht hat, junge Menschen, die in unserem Land ausgebildet wurden, aber wegen besserer Arbeitsbedingungen in andere

Länder abgewandert sind, zu halten. Nach Angaben des Statistischen Amtes hat sich die Zahl der Bürger, die aus Slowenien ausgewandert sind, zwischen 2011 und 2017 mehr als verdoppelt – von 4005 (2011) auf 8384 (2017). Von den mehr als 8000 Auswanderern im Jahr 2017 war etwa ein Drittel hochgebildet.

- 9.9. Premierminister Janez Janša wurde bei einer Zeremonie im Rahmen des 30. Wirtschaftsforums in Polen mit dem Preis für die Persönlichkeit des Jahres 2020 in Mittel- und Osteuropa ausgezeichnet. In seiner Grundsatzrede sagte er unter anderem, dass es „keine starke Europäische Union ohne ein starkes Mitteleuropa gibt. Tatsächlich gibt es keine echte Europäische Union ohne die Länder Mitteleuropas. Tatsächlich wird Mitteleuropa immer mehr zu dem, was der Name unseres Teils des Kontinents schon impliziert. Es ist etwas Zentrales, sowohl wirtschaftlich als auch in Bezug auf die Werte. Janša fügte hinzu, dass „die Grundsätze, auf denen die Gründungsväter der Europäischen Union, die in ihrer großen Mehrheit Christdemokraten waren, die Europäische Union gründeten, in dem berühmten Gebot des Heiligen Augustinus wurzeln. Und dieses Gebot lautet: Einigkeit in den Notwendigkeiten, Freiheit in den unerklärten Dingen, Barmherzigkeit in allen Dingen. Nur auf diesem Fundament können wir ein solides europäisches Gebäude errichten.“
- 8.9 Die LGBT-Ideologie wird von Jahr zu Jahr aggressiver. War es früher vor allem in amerikanischen Schulen zu finden, so hat es nun auch in europäischen Schulen Einzug gehalten. 61,7 % der Befragten stehen der Aufnahme gleichgeschlechtlicher Inhalte und der Förderung homosexueller und transsexueller Inhalte in slowenischen Schulen ablehnend gegenüber. Dies ergab eine kürzlich von Parsifal im Auftrag von Nova24TV durchgeführte Meinungsumfrage. Die Ergebnisse der Umfrage, die vom Meinungsforschungsinstitut Parsifal zwischen dem 30. August und dem 2. September durchgeführt wurde, zeigen, dass die Mehrheit der Befragten (44,7 %) die Aufnahme gleichgeschlechtlicher Inhalte und die Förderung von homosexuellen und transsexuellen Inhalten in slowenischen Schulen für unnötig hält, während 32,0 % der Befragten dies für notwendig halten. Wenn man bedenkt, dass 17,0 % der Befragten der Meinung sind, dass es schädlich ist, kann man zu dem Schluss kommen, dass 61,7 % der Befragten eine „negative“ Meinung dazu haben.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 30. August bis 05. September 2021

06. 09. 2021



Bildquelle: Demokracija

Slowenien

- Am Mittwoch, den 1. September, fand in Bled (dt. Veldes) das 16. Strategische Forum statt. In diesem Jahr waren die Hauptthemen des Forums die Erweiterung um die westlichen Balkanstaaten, die Erholung von der Covid-19-Epidemie und eine mögliche neue Welle von Migranten aus Afghanistan. Das Forum stand unter dem Motto „Die Zukunft Europas“. An dem Forum nahmen so viele ausländische Staatsmänner wie noch nie teil, darunter der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban, der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš, der slowakische Ministerpräsident Eduard Heger, der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis, der serbische Präsident Aleksandar Vucic, der kroatische Ministerpräsident Andrej Plenković, der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel, der Präsident des Europäischen Parlaments David Sassoli und der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, der bulgarische Präsident Rumen Radev, die Mitglieder des bosnisch-herzegowinischen Ratsvorsitzes Šefik Džaferović und Željko Komšić, der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, die Vorsitzende der italienischen Konservativen, Giorgia Meloni, die Vorsitzende der italienischen konservativen Partei „Fratelli d’Italia“ und Präsidentin der Europäischen Konservativen und Reformisten, Marco Zanni, der Vorsitzende der Partei „Europäische Identität und Demokratie“, der albanische Premierminister Edi Rama sowie weitere Staatsmänner, Politiker und Experten.
- Am Freitag, den 3. September, drang die Anti-Villa-Gruppe von Ladislav Troha, die sich OPS nennt, in die Räumlichkeiten des staatlichen Fernsehsenders TV Slovenia ein. Sie brachen in das Studio ein und verursachten einen Aufruhr, bis sie von der Polizei angehalten und entfernt wurden. Zuvor hatten die Impfgegner eine

Protestkundgebung vor dem Gebäude von RTV Slovenia abgehalten, während im Zentrum von Ljubljana eine linke Demonstration stattfand.

- Am Samstag, den 4. September, feierten die Präsidenten Sloweniens und Ungarns, Borut Pahor und Janos Ader, in Monostru das 30-jährige Bestehen der Union der Slowenen in Ungarn. Nationale Minderheiten seien mehr als nur eine Brücke zwischen Ländern, betonte Pahor. „In einer Zeit, in der die Krisensituation uns daran erinnert, wie wichtig gute Nachbarschaft und grenzüberschreitender Zusammenhalt sind, ist dies von besonderer Bedeutung“, sagte er.

Ungarn

- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó gab am Montag, den 30. August, bekannt, dass „Ungarn und Russland einen neuen Gasliefervertrag“ mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen haben, der die jährliche Lieferung von 4,5 Mrd. m³ Gas durch Gazprom vorsieht, wovon 3,5 Mrd. m³ über die Turkish Stream-Pipeline durch Serbien geliefert werden sollen.
- Der Europäische Gerichtshof hat am Mittwoch, den 1. September, entschieden, dass das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) sich nicht weigern darf, die Ermittlungsakten über die Elios Zrt. zu veröffentlichen. – in die István Tiborcz, der Schwiegersohn des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, verwickelt ist, da die ungarischen Justizbehörden in Ermangelung eines Verstoßes kein Verfahren in diesem Fall eingeleitet haben. Das OLAF ist nämlich nur verpflichtet, über laufende Fälle zu schweigen.
- Laut dem ungarischen Bankenverband (Magyar Bankszövetség), der am Montag, den 30. August von der Wirtschaftszeitung Világgazdaság zitiert wurde, halten die Ungarn viel zu viel Bargeld: „Die große Menge an Bargeld, die in den Haushalten und in der Wirtschaft im Allgemeinen zirkuliert, hat neben den bekannten Nachteilen wie hohen Kosten, Anheizen der Schattenwirtschaft und Sicherheitsrisiken, die die körperliche Unversehrtheit der Besitzer beeinträchtigen können, leider auch viele negative Auswirkungen auf die Umwelt, von der Produktion über den Verkehr bis hin zu den Emissionen, die bei der Vernichtung entstehen“, erklärt Levente Kovács, Generalsekretär des Ungarischen Bankenverbandes.
- Die ungarische Billigfluggesellschaft Wizzair kündigte am Mittwoch, den 1. September, an, dass ab dem 1. Dezember die Impfung gegen Covid für ihr Flugpersonal obligatorisch sein wird. Die Fluggesellschaft begründete ihre Entscheidung damit, dass „die Regierungen zunehmend einen Impfnachweis für die Besatzung verlangen [...] Wir sind dafür verantwortlich, die Besatzung und die Passagiere an Bord zu schützen, indem wir das Covid-19-Risiko verringern, und die Impfung spielt in dieser Hinsicht eine Schlüsselrolle“.
- Mehr als 100 afghanische Flüchtlinge sind am Mittwoch, den 1. September, mit einem Bus im Lager Vámoszabadi (Komitat Győr-Moson-Sopron) angekommen. Eine weitere Gruppe afghanischer Flüchtlinge (etwa 20 Familien) wird in den kommenden Tagen nach Balassagyarmat (Komitat Nógrád) transportiert werden.
- Die Europaabgeordnete Klára Dobrev (DK), die bei den Wahlen im April 2022 für das Amt des Ministerpräsidenten kandidiert, erklärte in einem Interview mit der Nachrichten-Website Index, dass sie das Wahlrecht für ungarische Staatsbürger, die nicht im Land wohnen, abschaffen wolle. Die Verleihung der ungarischen Staatsbürgerschaft durch die Regierung von Viktor Orbán kurz nach seiner Rückkehr an die Macht an ethnische Ungarn – vor allem in Siebenbürgen und in der Vojvodina, die seit dem Vertrag von Trianon rumänisch bzw. serbisch sind – hatte diesen magyarischen Bevölkerungsgruppen, die dem Fidesz näher stehen, das Wahlrecht verliehen.

- Am 2. September erklärte der dänische Minister für Einwanderung und Integration, Mattias Tesfaye, auf einer Pressekonferenz nach dem Treffen der EU-Innenminister in Brüssel: „Es war ein Fehler, den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán dafür zu kritisieren, dass er 2015 eine Stacheldrahtmauer an der Grenze errichtete [...] Bekanntlich hat die Mehrheit der europäischen Staats- und Regierungschefs die Abriegelung der Südgrenze zunächst stark kritisiert, aber jetzt erkennen immer mehr Menschen, dass der ungarische Ministerpräsident in der Einwanderungsdebatte Recht hatte. [...] Damals strömten die Flüchtlinge auf Europas Autobahnen und wir waren nicht in der Lage, unsere Außengrenzen zu schützen.“
- Laut einer Studie des Europäischen Rates für Auswärtige Angelegenheiten, die am Freitag, den 3. September, von der Zeitschrift *Mandiner* zitiert wurde, sind 71 % der Ungarn der Ansicht, dass die gesundheitlichen Beschränkungen von ihrer Regierung angemessen gehandhabt wurden, verglichen mit nur 52 % in Österreich, 48 % in Italien und 40 % in Deutschland. Die Auswirkungen der Pandemie waren offenbar nicht überall in Europa gleich stark ausgeprägt. So sagen beispielsweise 72 % der Dänen, 65 % der Deutschen und 64 % der Franzosen, dass sie von der Pandemie nicht betroffen sind, während nur 36 % der Spanier und 35 % der Ungarn dies so sehen. 31 % der Portugiesen, 23 % der Italiener und 22 % der Spanier gaben an, dass sie hauptsächlich von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Gesundheitsbeschränkungen betroffen seien. Was schließlich die Krankheit selbst betrifft, so geben 48 % der Ungarn, 47 % der Polen, 42 % der Spanier und 41 % der Bulgaren an, dass sie selbst oder Angehörige, die erkrankt sind, direkt von Covid betroffen waren.
- Laut der Website honvedelem.hu ist der freiwillige Militärdienst viel erfolgreicher als ursprünglich erwartet. Bis zum 31. August hatten sich 700 junge Ungarn für das neue Programm angemeldet, statt der ursprünglich geplanten 400.
- Die ungarischen Gesundheitsbehörden, die von der liberalen Wochenzeitung HVG zitiert werden, stellten am 4. September klar, dass der Impfpass unter bestimmten Bedingungen für den Theater- oder Kinobesuch nicht erforderlich sei: „Wenn eine kulturelle Veranstaltung an einem für diese Kunst vorgesehenen Ort stattfindet [...] und der Zuschauer während der Vorstellung sitzt, [dann] ist kein Schutznachweis erforderlich, jeder kann frei ins Theater, ins Kino, in den Zirkus, zu Konferenzen usw. gehen“.
- Am Samstag, den 4. September, versammelten sich auf Aufruf der nationalistischen Partei Mi Hazánk rund tausend Menschen vor dem Amtssitz von Ministerpräsident Viktor Orbán, um gegen die Impfpflicht und die Impfung von Kindern zu demonstrieren.

Polen

- Nach Angaben der polnischen Kreditauskunftei, die von der Tageszeitung *Rzeczpospolita* zitiert werden, wurden im Juli 2021 in Polen 24.600 Wohnungsbaukredite mit einem Gesamtvolumen von 8,1 Mrd. Zloty (1,78 Mrd. Euro) vergeben, was einem Anstieg von 45 % bei der Anzahl der Kredite und 70 % beim Wert im Vergleich zum Juli 2020 entspricht. Dies ist ein neuer Rekord, da die Marke von 8 Milliarden Zloty in einem Monat noch nie überschritten wurde.
- Aufgrund der aktuellen Migrationskrise an der weißrussischen Grenze ist der Bau eines Grenzzauns zwischen Polen und Weißrussland das Gebot der Stunde. Laut dem polnischen Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak, der am 24. August von der *Rzeczpospolita* zitiert wurde, orientieren sich die polnischen Behörden an dem 2015 zwischen Ungarn und Serbien errichteten Grenzzaun.
- Nach dem Sejmik (Regionalrat) der Woiwodschaft Kleinpolen hat sich nun auch der Sejmik der Woiwodschaft Lublin am Freitag, den 27. August, geweigert (mit 17 gegen

14 Stimmen), von seiner Resolution abzurücken, in der er sich gegen die LGBT-Ideologie ausspricht. Damit wersetzt er sich dem Druck der Europäischen Kommission, die damit droht, die europäischen Subventionen für die Woiwodschaft Lublin zu kürzen.

- Der polnische Gesundheitsminister Adam Niedzielski kündigte am Samstag, den 28. August, an, dass Polen in Kürze gefährdeten Personen die Möglichkeit bieten wird, eine dritte Dosis des Impfstoffs gegen das Coronavirus zu erhalten. Die polnischen Gesundheitsbehörden „akzeptieren die Verabreichung einer dritten Dosis für Personen mit verminderter Immunität [...] Was den Zeitpunkt der Verabreichung der dritten Dosis betrifft, so wurde dieser auf frühestens 28 Tage nach dem Ende des Grundimpfzyklus festgelegt“, erklärte er. Mehrere andere Länder, darunter die Vereinigten Staaten, Israel, Deutschland, Frankreich, Österreich und Ungarn, haben sich bereits dafür entschieden, die dritte Dosis für gefährdete Personen anzubieten.
- Der polnische Präsident Andrzej Duda stattete der Republik Moldawien am Freitag, den 27. August, anlässlich des Unabhängigkeitstages der ehemaligen Sowjetrepublik einen offiziellen Besuch ab. Er traf dort mit der kürzlich gewählten prowestlichen Präsidentin Maia Sandu zusammen und äußerte die Hoffnung, dass „die Republik Moldawien nicht nur ein Partner der Drei-Meere-Initiative, sondern auch ein Vollmitglied wird“.
- Am Montag, dem 30. August, kündigte PepsiCo an, dass es in Środa Śląska (Neumarkt, Niederschlesien) seine fünfte Produktionsstätte errichten wird. Die Investition beläuft sich auf eine Milliarde Zloty, umgerechnet 218 Millionen Euro, und wird zur Schaffung von 450 Arbeitsplätzen führen.
- Der polnische Präsident Andrzej Duda hat am Montag, den 30. August, klargestellt, dass er gegen Zwangsimpfungen ist: „Ich bin absolut gegen Zwangsimpfungen. Ich glaube, das würde zu sozialen Unruhen führen“, sagte er vor dem Ministerrat, der sich mit den gesundheitlichen Vorbereitungen für den Beginn des Schuljahres befasste. „Die Menschen sind sehr besorgt darüber, dass es zu einem weiteren Einschluss kommt und die Kinder nicht zur Schule gehen können“, sagte Duda. Die Eltern haben Angst davor, vor allem wegen der Situation ihrer Kinder, vor allem wegen ihrer psychischen Situation [...] Ich bin absolut gegen Zwangsimpfungen. Ich denke, es würde zu sozialen Unruhen führen, es ist eine Frage der Verantwortung der Menschen. Jeder muss diese Verantwortung allein übernehmen. Der polnische Staat ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass jeder geimpft werden kann. Wir brauchen einen Impfstoff für jeden Bürger, [aber] wenn die Menschen dazu gezwungen werden, werden wir eine schlechte soziale Situation haben.“
- Unterdessen erklärte der polnische Justizminister und Vorsitzende der Partei Solidarna Polska, Zbigniew Ziobro, am Sonntag, den 29. August, dass seine Partei gegen die Einführung einer Pflichtimpfung gegen Covid sei. Diese Äußerungen stehen im Widerspruch zu den Empfehlungen von Professor Andrzej Horban, dem Vorsitzenden des Medizinischen Rates des Premierministers, der erklärte, er hoffe, „dass die Regierung beschließen wird, dass Pflichtimpfungen für „bestimmte Gruppen mit Infektionsrisiko durchgeführt werden“.
- Der Vorsitzende der Bürgerplattform (PO), Donald Tusk, erklärte am 27. August gegenüber *Campus Polska*, dass die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften eine seiner ersten Entscheidungen sein würde, sollte er nach den nächsten Parlamentswahlen an die Macht zurückkehren. Diese Aussage wurde von dem LGBT-Aktivisten Bart Staszewski kritisiert, der „volle Gleichberechtigung“, d. h. die gleichgeschlechtliche „Ehe“, fordert.
- In einer Botschaft zum 14. Jahrestag der Danziger Streiks im August 1980, die zur Gründung der Gewerkschaft Solidarność führten, erklärte der polnische Präsident Andrzej Duda, er betrachte dieses Ereignis als „einen der entscheidenden Momente in der Geschichte unseres Heimatlandes“. Duda erinnerte daran, dass damals

landesweit mehr als 700 000 Arbeitnehmer die Bewegung unterstützten, und sagte: „Sie haben die Streikenden in Danzig und Stettin unterstützt, weil sie die enorme Kraft der Einheit gespürt haben. Eine Kraft, die die Beamten des kommunistischen Regimes in Angst und Schrecken versetzte und sie zwang, die Forderungen der Arbeiter anzuerkennen.“

- Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Věra Jourová, besuchte Polen vom 30. August bis zum 1. September, wo sie Gespräche mit Premierminister Mateusz Morawiecki, dem neuen Ombudsmann Marcin Wiącek sowie Szymon Hołownia, dem Vorsitzenden der Oppositionsbewegung Polska 2050, die in den Umfragen derzeit auf Platz zwei hinter der PiS liegt, führte. „Ich freue mich darauf, mehr Details darüber zu erfahren, wie Polen die jüngsten Beschlüsse umzusetzen gedenkt, und ich bin bereit, Polen bei der Umsetzung des EU-Rechts zu unterstützen“, sagte sie nach ihrem Treffen mit dem Regierungschef.
- Die polnischen Behörden kündigten am Dienstag, den 31. August, die Entwicklung eines großen Infrastrukturprojekts rund um die Hauptstadt Warschau an, das den Bau von 1.000 Kilometern Eisenbahnstrecke und eines neuen Flughafens vorsieht. Die Arbeiten werden im Jahr 2023 beginnen und voraussichtlich 2027 abgeschlossen sein. Der neue Flughafen wird anfänglich von 45 Millionen Menschen pro Jahr genutzt werden, wobei die Kapazität mittelfristig auf 100 Millionen Passagiere pro Jahr steigen soll. Die Anwohner haben sich vor kurzem gegen das Projekt ausgesprochen, während die Opposition das 10 Milliarden Zloty (2,2 Milliarden Euro) teure Vorhaben für unnötig hält, da es bereits vier Flughäfen in der Nähe der polnischen Hauptstadt gibt.
- Nach ersten Schätzungen des polnischen Statistischen Zentralamtes (GUS) lag die Inflation in Polen im August bei 5,4 % im Vergleich zum Vorjahresmonat. Dies ist die höchste Inflation seit 20 Jahren. Experten zufolge könnte diese hohe Inflation, die vor allem auf steigende Preise für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke zurückzuführen ist, bis Ende des Jahres sogar 5,6 % erreichen und wird für das Jahr 2022 voraussichtlich bei etwa 4 % liegen.
- Laut zwei aktuellen Studien, die am Dienstag, den 31. August, von der konservativen Zeitschrift *Do Rzeczy* zitiert wurden, sind 52,3 % der Polen besorgt über eine mögliche vierte Welle der Coronavirus-Pandemie, während 31,6 % sagen, dass sie keine Angst davor haben, während 9,3 % keine Meinung zu diesem Thema haben und 6,8 % sich nicht dafür interessieren. Interessant ist, dass die Altersgruppe der 36- bis 55-Jährigen am stärksten betroffen ist (60 %), dass 65 % derjenigen, die bereits zwei Dosen des Impfstoffs erhalten haben, besorgt sind, gegenüber 44,4 % derjenigen, die nur eine Dosis erhalten haben, und nur 33 % derjenigen, die nicht geimpft wurden. „Diejenigen, die nicht geimpft sind, fühlen sich im Allgemeinen nicht durch das Phänomen der Pandemie selbst bedroht“, erklärt Krzysztof Zych vom UCE Research Institute.
- Mit Blick auf den Beginn des Schuljahres am Ende des Ministerrats am 30. August erklärte Präsident Andrzej Duda, dass die Regierung keinen neuen Lockdown erwäge: „Es gibt absolut keine Lockdown-Maßnahmen [...] Kinder und Jugendliche gehen ganz normal zur Schule, wie immer [...] Kinder sollen nicht mit Masken am Unterricht teilnehmen, sondern nur in den Gemeinschaftsräumen“. In Bezug auf die so genannte „vierte Welle“ ist der Staatschef der Ansicht, dass Polen „in der Lage ist, die Zahl der Kinderbetten in zwei, maximal drei Tagen zu erhöhen. [...] Unter den derzeitigen Bedingungen wird die bevorstehende Pandemiewelle voraussichtlich nicht sehr hoch sein. Wir erwarten, dass es viel ruhiger wird“.
- Am Montag, den 30. August, war der Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Kommissar für Klimaschutz, Frans Timmermans, zu Gast auf dem von Rafał Trzaskowski organisierten Future of Poland Campus in Olsztyn (Allenstein). Mit Blick auf die angespannten Beziehungen zwischen Brüssel und Warschau sagte er: „Die

Europäische Union kann ohne Polen nicht existieren. [...] Vielleicht ist es höchste Zeit, bei den Grundwerten und Grundlagen keine Kompromisse einzugehen, da gibt es keinen Verhandlungsspielraum. Der Grundgedanke der Europäischen Union ist, dass für alle die gleichen Regeln und Vorschriften gelten. Wir verlassen uns auf Texte und Gesetze, nicht auf starke Macht. Dafür brauchen wir freie Gerichte und freie Medien [...] Ihr jungen Leute seid es, die mir Hoffnung geben, ihr seid es, die Polen in Ordnung bringen und auf den richtigen Weg zurückbringen werden [...] Es liegt ein Kampf vor euch“.

- Am Mittwoch, den 1. September, sagte der polnische Gesundheitsminister Adam Niedzielski in den Polsat-Nachrichten, dass, falls die Entwicklung der Pandemie erneut gesundheitliche Einschränkungen erforderlich machen sollte, diese nicht die Geimpften betreffen würden, die „nicht den Preis für die Verantwortungslosigkeit anderer tragen müssen“.
- Am 1. September gedachte Polen des 82. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkriegs. Der polnische Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak sagte bei den Feierlichkeiten auf der Halbinsel Westerplatte bei Danzig, wo vom 1. bis 7. September 1939 die erste Schlacht des Polenfeldzugs stattfand: „Die Polen haben nicht aufgegeben, sie haben für ein freies Vaterland gekämpft. Es muss betont werden, dass die Polen nicht mit den Deutschen kollaboriert haben. Dies ist sehr wichtig. Der polnische Präsident Andrzej Duda nahm seinerseits an den Gedenkfeiern in der Stadt Wieluń (Welun, Woiwodschaft Łódź) teil, die am 1. September 1939 Ziel des ersten deutschen Luftangriffs auf Polen war. „Es war ein ähnlicher Morgen wie der heutige. Die deutschen Piloten sprechen in ihren Berichten von bedecktem Himmel, Nebel, schlechter Sicht. Es war dunkel [...], als die Hölle über die weitgehend schlafenden Einwohner von Wieluń hereinbrach. [...] Die deutschen Piloten erinnerten sich, wie sie die Bomben auf die Menschenmassen abwarfen. Nicht auf die Armee, nicht auf militärische Einrichtungen, nicht auf Soldaten, sondern auf Menschen, die sich auf dem Marktplatz und in den Straßen versammelt hatten, vor allem auf das Krankenhaus, auf dem ein großes rotes Kreuz stand. Sie konnten keinen Fehler machen. Es war ein Terrorakt, es war kein gewöhnlicher Krieg [...] Es war von Anfang an ein Verstoß gegen alle Regeln des Krieges, die damals galten und heute noch gelten [...] Gleich nach dem Krankenhaus wurden in einer zweiten Phase Kirchen und die Synagoge bombardiert“, erinnerte Präsident Duda in seiner Rede.
- Gute Nachrichten für die polnischen Finanzen. Das polnische Finanzministerium gab am Dienstag, den 31. August, bekannt, dass die Gesamteinnahmen des polnischen Staates bis Ende des Jahres 474 Milliarden Zloty (105 Milliarden Euro) erreichen werden, was 70 Milliarden Zloty (16 Milliarden Euro) mehr als im Haushalt vorgesehen ist. Infolgedessen würde das öffentliche Defizit Polens im laufenden Jahr weniger als 13 Milliarden Zloty (3 Milliarden Euro) betragen, statt der ursprünglich geplanten 82 Milliarden Zloty.
- Angesichts der Migrationskrise an der weißrussischen Grenze hat der polnische Präsident Andrzej Duda auf Ersuchen der Regierung den 30-tägigen Ausnahmezustand in den Grenzgebieten zu Weißrussland ausgerufen.
- Zwei polnische Milliardäre, Zygmunt Solorz und Michał Sołowow, kündigten am Donnerstag, den 2. September, ihre Absicht an, in Pałnów (Pathenau) bei Wieluń (Woiwodschaft Łódź) einen Atomreaktor zu bauen. „Wir brauchen billige und saubere Energie, um uns entwickeln zu können [...] Das Atom ist eine saubere und ökologische Energiequelle, und dieses Projekt hat mich mit Michał Sołowow zusammengebracht. Unser gemeinsames Ziel – ein sauberes und geeintes Polen – ist die Mühe wert, und ich bin überzeugt, dass wir es gemeinsam erreichen können“, sagte Zygmunt Solorz.

- Der LGBT-Aktivist Bart Staszewski, der dafür bekannt ist, an den Eingängen von Städten, die eine Resolution gegen die LGBT-Ideologie verabschiedet haben, Schilder mit der Aufschrift „LGBT-freie Zonen“ aufzustellen, griff einen Sprecher des Außenministeriums wegen seiner Homosexualität an: „Wenn Łukasz Jasina, der neue Sprecher des Außenministeriums, tatsächlich schwul ist, dann sollte man natürlich darüber sprechen und ihn lächerlich machen“, sagte er. Eine ziemlich merkwürdige Art, die Rechte von Homosexuellen zu verteidigen, wie viele polnische Persönlichkeiten betont haben.
- Am Sonntag, den 5. September, fand in Toruń (Thorn, Woiwodschaft Kujawien-Pommern) eine von der Partei Konfederacja organisierte Demonstration gegen die Rassentrennung im Gesundheitswesen statt.

Slowakei

- Nur sehr wenige Slowaken haben sich für die Teilnahme an den „voll geimpften“ Treffen mit dem Papst während seines Besuchs in der Slowakei vom 12. bis 15. September angemeldet. Pater Martin Kramara, Sprecher des slowakischen Episkopats, musste zugeben, dass das Interesse der Bevölkerung „geringer als erwartet“ war, während die Bischöfe die Gläubigen aufriefen, sich zu registrieren.

Tschechische Republik

- Am Donnerstag, den 2. September, eröffnete der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš auf der Burg Větruše in der Region Ústí nad Labem (Aussig an der Elbe, Nordböhmen) seinen Wahlkampf für die Parlamentswahlen und stellte die Grundzüge seines Programms vor, wobei er seine Ablehnung der Aufnahme von Migranten bekräftigte: „Solange ich Ministerpräsident bin, werden wir keinen einzigen illegalen Migranten aufnehmen“, erklärte er. Diese erste Veranstaltung der ANO-Kampagne wurde durch die spontane Ankunft des Sohnes des Premierministers, Andrej Babiš Jr., gestört, der seinen Vater auf Slowakisch – die Familie Babiš ist slowakischer Herkunft – ziemlich heftig herausforderte und ihm vorwarf, ihn in der sogenannten Storchennest-Affäre benutzt zu haben.
- Nach Angaben des tschechischen Statistikamtes stieg der durchschnittliche Monatslohn in der Tschechischen Republik innerhalb eines Jahres um 11,3 % auf 38.275 CZK im zweiten Quartal 2021. Das bedeutet, dass die Arbeitnehmer im Durchschnitt 3 893 CZK pro Monat mehr verdienen als vor einem Jahr, was unter Berücksichtigung der Inflation 8,2 % mehr Kaufkraft bedeutet. Dies ist der höchste Lohnzuwachs seit 2000.

Rumänien

- Regierungskrise in Bukarest. Die Mitte-Rechts-Koalition besteht aus der PNL (Partidul Național Liberal) von Ministerpräsident Florin Cîțu, der reformorientierten Partei USR-PLUS (Uniunea Salvați România) und der Demokratischen Union der Ungarn in Rumänien (Româniai Magyar Demokrata Szövetség, RMDSZ-UDMR) steht auf der Kippe und wurde am Freitag, den 3. September, durch den Austritt der USR gebrochen, die das Regierungsabkommen aufkündigte, alle ihre Minister zurückzog und die Einreichung eines Misstrauensantrags gegen Florin Cîțu ankündigte. Die derzeitige Regierungskrise wurde durch die Entlassung von Justizminister Stelian Ion (USR-PLUS) durch Herrn Cîțu ausgelöst, ohne dass dieser zuvor seine Partner konsultiert hatte. In ähnlicher Weise hatte er bereits im vergangenen April gehandelt und Gesundheitsminister Vlad Voiculescu (ebenfalls USR-PLUS) entlassen. Den Ankündigungen der Opposition zufolge wird erwartet,

dass sowohl die Nationalisten des Bündnisses für die Einheit der Rumänen als auch die Sozialdemokraten der PSD den Misstrauensantrag der USR-PLUS unterstützen werden, der somit rechnerisch angenommen werden dürfte.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Polen

03) Polen erschließt westliche Gasquellen und wendet sich von russischer Energie ab

14. 09. 2021



Baltic Pipe-Gasleitung im Bau · Bildquelle: Saipem-Gaz-System

Polens Bedarf an Gasenergie wird bis 2030 um 50 Prozent steigen, doch Polen will künftig einen Großteil seines Energiebedarfs aus Norwegen decken

Nach Ansicht des Regierungsbevollmächtigten für strategische Energieinfrastruktur, Piotr Naimski, besteht für Polen keine Notwendigkeit, den Gasvertrag mit der russischen Gazprom bis 2022 zu verlängern.

Im Zusammenhang mit der Abkehr von der Kohleenergie räumte Naimski ein, dass Polen seine Kohleenergiequellen durch Gas ersetzen müsse. Er erklärte, dass der Gasverbrauch in Polen bis 2030 um 50 Prozent steigen werde.

Er zeigte sich zuversichtlich, dass Polen nicht beabsichtigt, sich von russischen Lieferungen abhängig zu machen und seinen Vertrag mit der russischen Gazprom nicht verlängern wird, wenn dieser am 31. Dezember 2022 ausläuft.

Naimski ist der Ansicht, dass die derzeitigen Pläne zum Bau zusätzlicher Einspeisungen in das polnische Gasnetz die Einführung mehrerer anderer Gaslieferanten als Russland ermöglichen werden.

In diesem Fall verwies er auf das Projekt Baltic Pipe und bestätigte, dass alles darauf hindeutet, dass die Pipeline am 1. Oktober 2022 in Betrieb genommen wird. Er wies darauf hin, dass die jüngsten Umweltprobleme im Zusammenhang mit der Pipeline von Dänemark gelöst worden seien.

„Wir sollten zu diesem Zeitpunkt positiv gestimmt sein. Es sieht so aus, als würde die Pipeline im nächsten Jahr fertiggestellt und rechtzeitig fertig werden. Das bedeutet, dass wir die Situation unter Kontrolle haben“, sagte er.

Da Polen technisch in der Lage ist, Gas aus dem Westen zu transferieren, wird es Zugang zu einer weiteren Quelle in Form des europäischen Marktes an der Rohstoffbörse haben. Polen wird in der Lage sein, das von ihm benötigte Gas direkt zu kaufen.

„Wir befinden uns in der letzten Phase der Umsetzung unserer Strategie zur Diversifizierung der Gasversorgungswege und -quellen für Polen. Das ist das Ziel unserer Aktivitäten, und ich bin überzeugt, dass wir Ende 2022 sagen können, dass wir dieses Ziel erreicht haben“, sagte Minister Naimski.

Die Baltic Pipe ist ein strategisches Projekt, mit dem ein neuer Weg für die Lieferung von verflüssigtem Erdgas aus Norwegen an die polnischen und dänischen Märkte und andere Endverbraucher in den Nachbarländern geschaffen werden soll. Die Pipeline wird in der Lage sein, jährlich 10 Milliarden Kubikmeter Gas nach Polen und 3 Milliarden Kubikmeter von Polen nach Dänemark zu transportieren.

Quelle: Bankier.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Polexit-Option ist im rechten Lager kein Tabu mehr

12. 09. 2021



Bildquelle: VP

Könnte sich die PiS, die die EU-Mitgliedschaft bisher bedingungslos unterstützt hat, in der Frage des Polexit ihre Meinung ändern? Nach der Bekanntgabe der Forderung der Europäischen Kommission nach einer [täglichen Geldstrafe gegen Polen](#) wegen seiner Justizreform deutete der Vorsitzende der PiS-Fraktion im Sejm, Ryszard Terlecki, dies an und sagte: „Wir sollten darüber nachdenken, wie wir so weit wie möglich zusammenarbeiten können, damit wir alle in der EU sind, aber damit diese Union für uns akzeptabel ist“, und fügte hinzu: „Wenn sich die Dinge so entwickeln, wie es scheint, werden wir nach drastischen Lösungen suchen müssen.“ Diese Worte wurden von der Opposition als Drohung mit Polexit interpretiert, zumal Terlecki dann das britische Beispiel anführte: „Die Briten haben gezeigt, dass ihnen die Diktatur der Brüsseler Demokratie nicht liegt. Sie kehrten ihr den Rücken zu und gingen. Wir wollen nicht weg. Die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft ist in unserem Land sehr groß. Aber wir dürfen uns nicht in etwas hineinziehen lassen, das unsere Freiheit und Entwicklung einschränkt.“

Eine [Umfrage der Zeitung Rzeczpospolita vom Juli](#) ergab, dass heute nur 17 % der Polen einen Austritt aus der EU befürworten würden. Das ist nicht viel, aber ein deutlicher Anstieg gegenüber den 7–8 % in zwei Umfragen im Herbst 2020. „Das jahrelange Gerangel mit Brüssel zeigt Wirkung. Nur die Hälfte der Polen vertraut der EU“, [titelte schon die Zeitung Rzeczpospolita](#) im Mai nach der Veröffentlichung der jüngsten Eurobarometer-Umfrage, aus der hervorging, dass das Vertrauen in die Europäische Union in Polen im vergangenen Jahr am stärksten gelitten hat. Nur noch 50% der Polen vertrauen der EU (ein Minus von 6 Punkten), während 38% ihr nicht vertrauen und 12% keine Meinung dazu haben. Die Polen, die traditionell (wie die meisten Völker des ehemaligen kommunistischen Blocks) überwiegend EU-freundlich sind, liegen nun weit hinter dem europhilsten Land (den Portugiesen mit 78 % Vertrauen in die EU) zurück.

Im Gegensatz zu dem, was die liberale und linke Opposition zu glauben versucht, die der Partei von Jarosław Kaczyński seit 2015 vorwirft, sie wolle Polen, ohne es zuzugeben, zum Austritt führen, hat die PiS immer die EU-Mitgliedschaft befürwortet, die ihrer Ansicht nach im strategischen Interesse Polens liegt und zudem von der großen Mehrheit der Wähler gewünscht wird. Der Regierungssprecher von Mateusz Morawiecki, Piotr Müller, [bekräftigte dieses Engagement](#) nach der vom Vorsitzenden der PiS-Fraktion im Sejm ausgelösten Kontroverse. Er versicherte, dass Warschau nicht die Absicht habe, die EU zu verlassen, dass es allerdings nicht darum gehe, alles, was von Brüssel auferlegt werde, „wie in der Ära Tusk“, kleinlaut zu akzeptieren.

Bisher war nur die Opposition rechts von der PiS, d.h. die *Konfederacja* (Koalition aus Nationalisten und Libertariern), mit 11 Abgeordneten im Sejm (von 460) für den EU-Austritt. Die Diskussion über die Möglichkeit eines Austritts aus der EU und die Notwendigkeit, sich in Konflikten mit Brüssel diese Lösung notfalls vorzubehalten, wurde jedoch vor fast einem Jahr von der liberal-konservativen Wochenzeitung *Do Rzeczy* angestoßen, die regelmäßig als einflussreichste Wochenzeitung in Polen gilt, was die Anzahl der Zitate in anderen Medien angeht. Nachdem sie es gewagt hatte, die Debatte zu eröffnen, wurde *Do Rzeczy* Anfang August von Donald Tusk, dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Rates und derzeitigen Vorsitzenden der Bürgerplattform (PO), einer liberal-libertären Partei, die zunehmend euroföderalistisch eingestellt ist (im Gegensatz zur sozialkonservativen PiS, die eine Europäische Union bevorzugt, die die nationale Souveränität stärker respektiert), [beschuldigt](#), ein Vertreter der „russischen Ordnung“ zu sein. In Anlehnung an die Rhetorik der Opposition, die ihre Anhänger davon abhalten will, sich an die „schlechten“ Medien zu wenden, nutzte Tusk die Gelegenheit, diese Wochenzeitung als „Sprecher der PiS“ zu bezeichnen. Dies ist völlig ungerechtfertigt, da die PiS in dieser Wochenzeitung oft heftig kritisiert wird, u.a. gerade wegen der Zugeständnisse, die sie gegenüber Brüssel gemacht hat (aber auch z.B. wegen ihrer allzu „sozialistischen“ Wirtschaftspolitik und ihrer Anti-Covid-Politik, die als übermäßig hysterisch gilt und die bürgerlichen Freiheiten untergrabe). All dies zeigt, dass die von *Do Rzeczy* angestoßene Debatte keine PiS-Debatte ist, sondern eine Debatte innerhalb der polnischen konservativen Rechten. Und das ist die Neuheit.

Es sei auch daran erinnert, dass die PiS-Fraktion im Parlament aus Abgeordneten der PiS und dreier kleinen verbündeten Parteien besteht, darunter die Partei *Solidarna Polska* von Justizminister Zbigniew Ziobro. [In einem Interview mit der Zeitung Rzeczpospolita](#), das am 5. August veröffentlicht wurde, wies Ziobro darauf hin, dass, wenn die Folgen des Klima-Energie-Pakets berücksichtigt werden, der Zeitraum, der vom EU-Haushalt 2021–27 abgedeckt wird, das erste Mal wäre, dass die EU-Mitgliedschaft Polen mehr kosten würde, als sie in Form von Subventionen und anderen Hilfen einbringen würde. „*Polens Mitgliedschaft in der EU wird immer teurer*“, betonte er und verwies auf Berechnungen von Wirtschaftswissenschaftlern, die auf einen negativen Saldo der Finanztransfers aus Westeuropa in die ehemaligen osteuropäischen Länder (einschließlich Polen) hindeuten, wenn nicht nur die EU-Mittel, sondern auch die Transfers von Unternehmen berücksichtigt werden.

Auf die Frage „*Sollen wir um jeden Preis in der EU sein?*“, antwortete Ziobro am 5. August: „*Wir müssen uns bemühen, unsere Rolle und Position in der EU um jeden Preis zu verteidigen. Andernfalls werden Polen und die Polen durch die Mitgliedschaft in der EU verlieren. Also: EU-Mitgliedschaft ja, aber nicht um jeden Preis. Dies ist der Standpunkt von Solidarna Polska, denn ich spreche hier nicht im Namen der Regierung oder der anderen Koalitionsparteien.*“

Ohne Ziobros Partei verfügt die PiS-Fraktion allerdings nicht über die Mehrheit im Parlament. Und den Umfragen zufolge kann die von der PiS geführte Koalition der Vereinigten Rechten, zu der nun auch *Solidarna Polska* gehört, nach den nächsten Parlamentswahlen möglicherweise nicht mit einer absoluten Mehrheit rechnen. Der einzige mögliche Verbündete wäre die *Konfederacja*, die viel euroskeptischer ist als Ziobro und dessen Partei. Bis dahin könnte die unaufhörliche Einmischung Brüssels in die inneren Angelegenheiten Polens einen noch größeren Teil der Wählerschaft für einen Polesit gewonnen haben.

Fazit: Auch wenn der Polesit derzeit absolut nicht auf der Tagesordnung steht, beginnt sich in den Reihen der polnischen Rechten im weitesten Sinne zum ersten Mal seit dem EU-Beitritt 2004 ein Nachdenken über dieses Thema zu entwickeln.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Heute Seligsprechung des polnischen Kardinals Stefan Wyszyński, „Primas des Jahrtausends“

12. 09. 2021



Stefan Wyszyński · Foto: Nationaal Archief / Wikimedia CC0 SA-BY 1.0

Am 12. September wird Kardinal Stefan Wyszyński, Erzbischof von Warschau und Primas von Polen in den Jahren 1948–1981, in Warschau seliggesprochen werden. Die von den Polen lang erwartete Zeremonie sollte im Mai letzten Jahres stattfinden. Aufgrund der Pandemie wurde sie jedoch auf dieses Jahr verschoben, obwohl der kanonische Seligsprechungsprozess des ehemaligen Primas von Polen bereits 1989 auf Initiative von Johannes Paul II., seinem Freund und engsten ehemaligen Mitarbeiter, eröffnet worden war. Am selben Tag wird sich dem Kreis der Seligen der katholischen Kirche auch Mutter Elżbieta Róża Czacka anschließen, die sich in Laski um Blinde kümmerte und Stefan Wyszyński von den 1920er Jahren bis zu seinem Tod in den 1960er Jahren sehr nahe stand.

Kardinal Wyszyński ist heute zweifellos eine der am meisten verehrten Persönlichkeiten der polnischen Kirche. Er bereitete sein Land nicht nur auf die Feierlichkeiten zum tausendjährigen Jubiläum der Christianisierung Polens im Jahr 1966 vor – unter dem kommunistischen Regime – sondern wird von seinen Landsleuten als der bedeutendste Primas in der Geschichte der polnischen Kirche angesehen. Diese beiden Umstände brachten ihm den Spitznamen „Primat des Jahrtausends“ ein.

Stefan Wyszyński wurde 1901 in Zuzela (Podlachien), etwa 100 Kilometer östlich von Warschau, geboren. 1920 trat er in das Priesterseminar in Leslau (*Włocławek*) ein, wo er vier Jahre später die Priesterweihe empfing. Am 5. August 1920 feierte er seine erste Messe in der Kapelle der Jungfrau Maria in Tschenstochau, wo sich die berühmte wundertätige Ikone der Schwarzen Madonna befindet. In den Jahren 1925–1929 setzte er sein Studium an der Katholischen Universität Lublin an der Fakultät für Kirchenrecht und Sozial- und Wirtschaftswissenschaften fort. Während seines Studiums war er in der Seelsorge mit Studenten und Seminaristen tätig. Er unternahm auch eine lange Studienreise durch Westeuropa, auf der er sich besonders für die Probleme der Gewerkschaften, die Organisationen der katholischen Arbeiterjugend und vor allem für die sozialen Lehren und Bewegungen interessierte. In den 1930er Jahren lehrte er Kirchenrecht und Sozialwissenschaften am Höheren Seminar, organisierte und leitete die Christliche Arbeiteruniversität in Leslau und gab ab 1931 die für ihre Qualität geschätzte Zeitschrift für katholische Priester in Polen, „Priesterliches Athenäum“ (*Ateneum Kapłańskie*), heraus. 1939 wurde Abt Wyszyński vom polnischen Primas August Hlond zum Mitglied des Sozialrats ernannt, um ihn zu beraten.

Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, verließ Wyszyński auf Wunsch seines Bischofs Leslau. Er versteckte sich in Wrociszewo, dann in Laski bei Warschau und schließlich in Zakopane in den südpolnischen Bergen. Während des Warschauer Aufstands 1944 diente er als Seelsorger der Gruppe „Kampinos“ der polnischen Heimatarmee (*Armia Krajowa*, AK), die in und um Laski (bei Warschau) operierte, sowie als Seelsorger des aufständischen Krankenhauses in Laski. Unmittelbar nach dem Krieg kehrte Pater Wyszyński nach Leslau zurück und begann mit dem Wiederaufbau des dortigen im Krieg zerstörten Priesterseminars. 1945 wurde er zum Rektor des Priesterseminars.

1946 wurde er von Papst Pius XII. zum Bischof der Diözese Lublin ernannt. Zwei Jahre später, 1948, wurde Bischof Stefan Wyszyński nach dem Tod von Kardinal August Hlond – für den ebenfalls ein Seligsprechungsprozess eröffnet wurde – Erzbischof von Gnesen und Warschau bzw. Primas von Polen. In seinem Hirtenbrief zum Tag seines Amtsantritts schrieb der neue Erzbischof: *„Ich bin weder Politiker noch Diplomat, weder Aktivist noch Reformier. Ich aber bin euer geistlicher Vater, der Hirte und Bischof eurer Seelen, ich bin ein Apostel Jesu Christi...“*.

Er begann seine Mission in sehr schwierigen Zeiten, mitten in der stalinistischen Ära. Von Anfang an versuchte er, einen *Modus vivendi* für die Kirche im kommunistischen Polen zu finden. Er wählte den Weg der mit der Regierung unterzeichneten Vereinbarung, die in Ermangelung einer Verfassung die Beziehungen zwischen Kirche und Staat regeln sollte. Diese Vereinbarung wurde von den polnischen Kommunisten nie eingehalten. 1953 wurde dem neu ernannten Kardinal Stefan Wyszyński der Reisepass für die Reise zum Konsistorium in Rom verweigert. Die Verfolgung der Kirche verschärfte sich, die Verhaftungen von Bischöfen und Priestern nahmen zu, und die Regierung versuchte, in die Besetzung von kirchlichen Ämtern einzugreifen. Der Kardinal veröffentlichte seinen berühmten Hirtenbrief an die Behörden der Volksrepublik Polen im Namen des Episkopats: *„Wir werden der Stimme unserer apostolischen Berufung und unseres priesterlichen Gewissens folgen, indem wir in innerem Frieden und in dem Bewusstsein wandeln, dass wir nicht den geringsten Grund haben, uns zu verfolgen, dass das Leiden unser Los ist, nicht für etwas anderes, sondern für die Sache Christi und der Kirche Christi. Wir dürfen die Dinge Gottes nicht auf dem Altar des Kaisers opfern. Non possumus!“*

Einige Monate später wurde Kardinal Wyszyński verhaftet und aus Warschau deportiert. Er wurde sukzessiv in Rywałd Królewski bei Graudenz (*Grudziądz*), in Springborn im Ermland (*Stoczek Warmiński*), in Neustadt an der Prudnik (*Prudnik*) bei Oppeln und in Komańcza in den Bieszczady, einer Bergregion im Südosten Polens, inhaftiert.

In Komańcza verfasste der Primas von Polen am 16. Mai 1956 den Text der erneuerten Gelübde der Nation, die am 26. August 1956 in Klarenberg (*Jasna Góra*) als Gelübde der Nation von einer Million Pilgern und dem polnischen Episkopat feierlich verkündet wurden. Am 26. Oktober 1956 wurde Stefan Kardinal Wyszyński schließlich freigelassen. Bei seiner Rückkehr nach Warschau herrschte ein Klima großer Freude und Hoffnung für die Kirche in Polen. In den Jahren 1957–1965 leitete er die Große Novene vor dem Millenniumsjubiläum der Christianisierung Polens. Es handelte sich um ein Programm zur geistlichen Erneuerung des polnischen Volkes, das neun Jahre lang Exerzitien umfasste, in denen der Primas unermüdlich das Wort Gottes in ganz Polen predigte. Auf seine Initiative hin wurde in allen polnischen Pfarreien mit der Visitation der Kopie der Ikone der Jungfrau Maria aus Klarenberg begonnen.

Am Vorabend des tausendjährigen Jubiläums der polnischen Taufe richtete er im Namen des polnischen Episkopats einen Brief an die deutschen Bischöfe, in dem er sie zur gemeinsamen Feier des Jubiläums einlud mit den Worten: *„Wir vergeben und bitten um Vergebung“*. In den 1960er Jahren nahm der polnische Primas aktiv an der Arbeit des Zweiten Vatikanischen Konzils teil und brachte wertvolle Erfahrungen aus der Kirche in Polen mit, ebenso wie bei den aufeinander folgenden Konklaven in den 1960er und 1970er Jahren.

Das letzte Konklave, an dem Kardinal Wyszyński 1978 teilnahm, wählte auf den Thron Petri seinen engen Freund, der als sein Nachfolger vorgesehen war, den Erzbischof von Krakau, Karol Wojtyła, der den Namen Johannes Paul II. annahm. Ein Jahr später hatte der Primas des Jahrtausends die Freude, den polnischen Papst bei seiner ersten Pilgerreise in seine Heimat zu empfangen. In den 1970er Jahren und insbesondere in der Zeit der Entstehung der Bewegung *Solidarność* blieb Kardinal Wyszyński eine große Autorität für die Katholiken und ein Garant für Gleichgewicht und sozialen Frieden in Polen. In der Sorge um seine Heimat und das Wohl des Volkes forderte er immer wieder die Verantwortung sowohl der Regierenden als auch der Opposition ein. Er verstarb am 28. Mai 1981, dem Hochfest der Himmelfahrt des Herrn.

Sein Begräbnis fand am 31. Mai in Warschau statt und war eine der größten religiösen und patriotischen Veranstaltungen im Nachkriegspolen. Nach kommunistischen Angaben nahmen etwa 120.000 Menschen an der Trauerfeier teil, während unabhängige Beobachter die Zahl auf eine halbe Million schätzten.

Leider wird dies bei der Seligsprechungszeremonie des Primas des Jahrtausends nicht der Fall sein. Aus sanitären Gründen im Zusammenhang mit der Pandemie wurde die Zahl der Teilnehmer auf 8.000 Personen begrenzt, die in mehreren Sektoren untergebracht sind und einen Abstand von anderthalb Metern einhalten müssen. Eine spontane Teilnahme an der Messe ist nicht möglich, da alle Gläubigen und Zelebranten eine besondere Einladung der Kirchengemeinden brauchen. Die übrigen Gläubigen werden gebeten, sich zu diesem Anlass nicht zu versammeln und die Feier im Fernsehen zu verfolgen.



Agnieszka Golańska-Bault ist Polin, sie lebt in Warschau, sie ist Übersetzerin bzw. Dolmetscherin für Französisch und schreibt Artikel für die polnische Wochenzeitung Do Rzeczy.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) EU verhängt Geldstrafe gegen Polen

Von Judi Tamara (Brüssel)

07. 09. 2021



Věra Jourová · Bildquelle: Magyar Nemzet

Obwohl sich der Streit zwischen Polen und der EU schon vor Wochen zu beruhigen schien, kündigte die Europäische Kommission am Dienstag an, dass sie wegen der viel diskutierten Justizreform eine Geldstrafe gegen Polen verhängen will.

Die Europäische Kommission fordert den EU-Gerichtshof auf, Polen wegen der Reform des Disziplinarsystems für Richter ein Bußgeld aufzuerlegen. Die Vizepräsidentin der EU-Kommission, Věra Jourová, erklärte am Dienstag auf Twitter, dass die derzeitige polnische Disziplinarkammer nicht mit dem EU-Recht vereinbar sei. Wie sie schrieb, leitet Brüssel auch ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Warschau ein, weil die umstrittene Reform weiterer Erklärungen bedarf. Jourová sagte, die Mitgliedsstaaten sollten die Entscheidungen des EU-Gerichtshofs respektieren.

Wir sind bereit, mit den polnischen Behörden zusammenzuarbeiten, um einen Ausweg aus der Krise zu finden.

- unterstrich sie in einer Twitter-Nachricht. Auch Justizkommissar Didier Reynders äußerte sich zu dem Fall und erklärte, dass die Geldstrafen für die Polen auch dadurch gerechtfertigt seien, dass sie dem Urteil des EU-Gerichts vom 15. Juli nicht nachgekommen seien.



[Věra Jourová](#)

[@VeraJourova](#)

1/3 Today, we adopt two decisions related to independence of judges in Poland. First, we ask [@EUCourtPress](#) for financial penalties against Poland on the activity of the Disciplinary Chamber that is still scheduling hearings and does not respect the Court order.

[11:46 vorm. · 7. Sep. 2021](#)

Link zum Tweet kopieren

https://twitter.com/VeraJourova/status/1435177765599318016?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwc%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1435177765599318016%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Ffeu-verhaengt-geldstrafe-gegen-polen%2F

Die Europäische Kommission gab am Dienstag ebenfalls eine Erklärung ab und erklärte auf einer Pressekonferenz, dass es dem Gerichtshof der Europäischen Union obliege, über die Höhe der Geldstrafe zu entscheiden. In jedem Fall hat die Brüsseler Behörde Luxemburg aufgefordert

eine Geldstrafe für jeden Tag zu erheben, bis die Polen das Urteil vom Juli vollständig umgesetzt haben.

Der Streit zwischen Polen und der EU eskalierte Mitte Juli, als Kommissarin Jourová den Polen ein Ultimatum stellte, dem Urteil des EU-Gerichts bis spätestens 16. August nachzukommen. In letzterem forderte das in Luxemburg ansässige Gremium die Einrichtung einer Disziplinarkammer, die Verstöße von Richtern gegen EU-Recht untersuchen soll, als unvereinbar mit dem EU-Recht. Es sei daran erinnert, dass das polnische Verfassungsgericht praktisch zeitgleich mit dem Urteil des Gerichtshofs entschieden hat, dass das nationale Recht bei der Reform des Rechtssystems Vorrang vor dem EU-Recht haben muss. Diese Meinung wurde später von mehreren Mitgliedern der Warschauer Regierung bekräftigt, was in EU-Kreisen für viel Unmut sorgte (es sei daran erinnert, dass das deutsche Bundesverfassungsgericht kürzlich den Vorrang des EU-Rechts in Frage gestellt hat).

In den letzten Augustwochen schien der Streit beigelegt zu sein: Polen teilte Brüssel schriftlich mit, dass die Tätigkeit der Kammer seit dem 1. August eingeschränkt sei, die Justizreform aber fortgesetzt werden müsse, da das Vertrauen der Öffentlichkeit eine effiziente Justiz voraussetze. Damals erklärte die Europäische Kommission, dass sie das Schreiben, das von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki unterzeichnet wurde, prüfe. Trotz der Berichte in der europäischen Presse über eine Versöhnung zwischen Polen und der EU zeigt die heutige Mitteilung des EuGH, die das Ergebnis der Untersuchung ist, dass Warschau nicht die notwendigen Schritte unternommen hat, um die Entscheidung des Gerichts umzusetzen.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts hat die Warschauer Regierung noch nicht auf die Ankündigung aus Brüssel reagiert.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Polnischer Ministerpräsident: „Niemand wird uns die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit lehren“

07. 09. 2021



Mateusz Morawiecki · Bildquelle: RMX

Trotz der Drohungen, dass die EU die Finanzmittel für Polen kürzen könnte, gibt der polnische Ministerpräsident nicht nach, wenn es um die Frage geht, ob Polen ein souveränes Rechtssystem hat oder ob es dem der EU untergeordnet ist

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hat es ausgeschlossen, seine Petition an das polnische Verfassungsgericht zurückzuziehen, das über den Vorrang der polnischen Verfassung vor EU-Gesetzen entscheiden soll, da Polen ein souveräner Staat sei.

In einem Interview mit dem kommerziellen Radiosender RMF 24 zerstörte Morawiecki alle Hoffnungen der Opposition, dass er nachgeben würde, nachdem EU-Kommissar Paolo Gentiloni damit gedroht hatte, dass dem Land Mittelkürzungen aus dem EU-Wiederaufbaufonds in Milliardenhöhe drohen, wenn Polen seinen Kurs in Sachen Rechtsstaatlichkeit nicht ändere.

Einige polnische Abgeordnete der Opposition haben argumentiert, dass Geld wichtiger sei als Demokratie, während andere die Europäische Kommission offen dazu aufgefordert haben, die Sperrung der EU-Gelder tatsächlich voranzutreiben, in der Hoffnung, die konservative Regierung stürzen zu können.

„Es kann keine Rede davon sein, dass unsere Petition zurückgezogen wird – wir sind ein souveräner Staat“, sagte Morawiecki. Er fügte hinzu, dass sich seine Regierung in ihrer Antwort an die Europäische Kommission auf mehrere frühere Urteile des polnischen Verfassungsgerichts berufe, die entschieden hätten, dass die polnische Verfassung Vorrang vor europäischem Recht habe.

Am Freitag schrieb Morawiecki in einem auf Facebook veröffentlichten Beitrag, niemand habe das Recht, Polen zu lehren, was Demokratie sei.

„Niemand wird uns lehren, was Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind, denn Polen hat eine sehr lange und edle Geschichte im Kampf gegen alle Arten von Totalitarismus und Despotismus“, schrieb der polnische Ministerpräsident.

Morawiecki hat beim polnischen Verfassungsgericht eine Petition eingereicht, nachdem der Europäische Gerichtshof entschieden hatte, dass die Rechtsvorschriften über den Nationalen Justizrat, der Empfehlungen für die Ernennung hochrangiger Richter abgibt, einen Verstoß gegen die richterliche Unabhängigkeit darstellen – und somit gegen EU-Recht verstoßen.

Das polnische Verfassungsgericht setzte die Anhörung von Morawieckis Petition vom 31. August bis zum 22. September aus.

Quelle: [Dorzeczy.pl](https://www.dorzeczy.pl)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Jasna Góra: Erntedankfest unter Teilnahme des polnischen Staatspräsidenten

05. 09. 2021



Erntedankfest in Jasna Góra · Foto: G. Jakubowski/KPRP

Unter Beteiligung des polnischen Staatspräsidenten Andrzej Duda, staatlichen Behörden und Tausenden von Landwirten fand in Jasna Góra (dt. Klarenberg) das nationale Erntedankfest statt. Es war eine Gelegenheit, den Landwirten für ihre harte Arbeit und für die Pflege der einheimischen Traditionen zu danken. Die heilige Messe wurde von Erzbischof Wacław Depo zelebriert.

In seiner Predigt betonte der Metropolit von Tschenstochau, dass eine Nation, die ihre nationale und staatliche Existenz, ihre Unabhängigkeit und Freiheit bewahren will, an das Land gebunden sein muss, das nicht von seiner Kultur, Sprache und Religion getrennt werden kann. – So wie das Gras den flüchtigen Sand festhält, damit er nicht von den Stürmen verweht wird, so muss die polnische Nation mit ihrer ganzen Seele, ihrem ganzen Körper und ihrem ganzen Herzen an der Erde festhalten“, betonte der Metropolit von Tschenstochau.

Präsident Andrzej Duda dankte den Landwirten für ihre harte Arbeit und das gemeinsame Gebet für die Heimat während des Erntefestes in Jasna Góra. Er betonte die Verpflichtung der Behörden, sich um die polnischen Angelegenheiten zu kümmern und „die Hand am wirtschaftlichen Puls des polnischen Landes zu halten“.

- Ich bin sehr froh, dass wir uns hier, bei diesem Erntedankfest in Jasna Góra, im Jahr des großen Primas des Jahrtausends, Kardinal Stefan Wyszyński, treffen können und für unsere Heimat beten, für dieses Jahr, für die Ernte, für seinen Aufstieg in den Rang der Seligen, der bald stattfinden wird, danken“, betonte Andrzej Duda.

Der Präsident stellte fest, dass die Anwesenheit von Vertretern staatlicher Behörden beim Erntedankfest „auch für uns die Verpflichtung bedeutet, uns um die polnische Landwirtschaft

zu kümmern, uns um die polnischen Angelegenheiten zu kümmern, die Hand darüber zu halten, was oft als der wirtschaftliche Puls des polnischen Landes bezeichnet wird“.

Während der Heiligen Messe wurden die Ernten und die speziell angefertigten Erntekränze gesegnet.

Quelle: [PCh24.pl](https://www.pch24.pl)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Baltische Staaten

09) Litauen: Erneute Großdemo in Vilnius (Wilna)

Von unserem Korrespondenten Algis Klimaitis aus Litauen

10. 09. 2021



Bildquelle: Respublika.lt

Zehntausende Bürger demonstrierten gegen anhaltende Diskriminierung der klassischen Familie, gegen widersprüchliche Covid-Maßnahmen und ausufernde Einschränkungen von Freiheitsrechten.

Nach den vorangegangenen Großdemonstrationen vom 15. Mai und 10. August dieses Jahres, an denen Zehntausende teilnahmen, wurde heute, am Freitag den 10. September, von den litauischen Organisatoren des „Marsches für die Familie“ zu einer erneuten Demonstration in Vilnius aufgerufen. Bereits in den frühen Morgenstunden füllte sich der

Platz vor der im Zentrum der Hauptstadt gelegenen katholischen Hl. Stanislaus und Wladislaus-Kathedrale mit Protestierenden aus allen Teilen Litauens.

Vor Beginn des offiziellen Teils der Demonstration wurde bekannt, dass die Polizei eine große Anzahl von Bussen mit Demonstrationsteilnehmern, die aus der Provinz nach Vilnius fahren, festgehalten hat und nicht in die Stadt ließ. Viele Protestierende von außerhalb kamen dennoch „durch“, weil sie mit privaten PKWs oder öffentlichen Linienbussen nach Vilnius fahren.

Als um zehn Uhr vormittags die Demonstration eröffnet wurde, war der Kathedralenplatz voll mit Protestierenden.



Bildquelle: Respublika.lt

Verschiedene Sprecher aus der oppositionellen Politik, aus Recht, Wissenschaft, Kultur und Kirchen beklagten unter großem Beifall die von der Regierung forcierten galoppierenden Veränderungen im Lande, die wegführen von den in der litauischen Bevölkerung festverankerten Traditionen familiärer, nationaler und christlicher Art. Kritisiert wurden auch die meisten Medien, die den Kurs der Regierung willfährig mitmachen. Ein weiterer breit behandelter Protestpunkt waren die aktuellen Covidmaßnahmen der Regierung, die zu einer Spaltung der Bevölkerung führen. So dürfen ab 13. September Ungeimpfte nicht mehr in großen Supermärkten einkaufen und keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen. Der Zwang sich impfen zu lassen, wird so drastisch erhöht.

Gäste aus dem Ausland waren ebenfalls zur Demonstration gekommen. So gab es eine viel beachtete Ansprache vom außenpolitischen Sprecher der österreichischen FPÖ, Axel

Kasseger, von Stefan Korte von der AfD sowie von Vertretern aus Lettland und Weißruthenien (Belarus).

Die Demonstration verlief friedlich und wurde um 15 Uhr mit einem gemeinsamen Gebet und einer Segnung, durchgeführt vom katholischen Priester Robertas Grigas, beendet.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Tschechien

10) Tschechien bereitet sich auf weiteren Zustrom von Migranten vor

13. 09. 2021



Die tschechische Polizei findet sechs Migranten aus Afghanistan, die sich in einem Lkw-Sattelaufleger zwischen Paletten mit Marmelade verstecken. Sie waren mit Hilfe von Schleusern in die Tschechische Republik gelangt und hatten Frankreich und Deutschland als Ziel · *Bildquelle: Polizei der Tschechischen Republik / Twitter*

Tschechischer Innenminister räumt ein, dass sein Land notfalls wieder Grenzkontrollen einführen könnte

Die Tschechische Republik bereitet sich auf eine mögliche nächste Migrationswelle vor. Die Polizei reagiert darauf mit verstärkten Kontrollen von Lastwagen und Transportern. Gleichzeitig sind die Haftanstalten für inhaftierte Migranten bereit, ihre Kapazität zu verdoppeln, während das Innenministerium Szenarien vorbereitet hat, die es je nach der Zahl der ankommenden Migranten umsetzen wird.

Der tschechische Innenminister Jan Hamáček räumte ein, dass er die Wiederaufnahme von Grenzkontrollen anordnen würde, falls dies erforderlich sei. Die Politiker sind nicht nur wegen der Afghanistan-Krise besorgt, sondern auch wegen der Situation an der weißrussischen Grenze zu Litauen, Lettland und Polen.

„Nach den Erfahrungen mit der Migrationswelle im Jahr 2015 hat das Innenministerium Modellpläne entwickelt, die alle möglichen Maßnahmen für den Fall einer massiven Migrationswelle vorsehen, darunter die Schließung der tschechischen Grenze oder die Verstärkung der Kapazitäten von Einrichtungen für illegale Migranten“, sagte die Sprecherin des Innenministeriums, Hana Malá.

„Die Polizei beobachtet in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern ständig die Situation und ergreift geeignete Maßnahmen. Langfristig werden zum Beispiel im Zusammenhang mit der illegalen Migration die Kontrollen in den Grenzgebieten, insbesondere an den Grenzen zur Slowakei, verstärkt“, fügte sie hinzu.

„Alle sind besorgt darüber, was nun aufgrund der Situation in Afghanistan und der Übernahme der Kontrolle über das Land durch die Taliban geschehen wird. Wir sehen bereits jetzt eine wachsende Zahl von inhaftierten Migranten, und die einzelnen Hafteinrichtungen für Flüchtlinge bereiten sich auf die nächste mögliche Migrationswelle vor, um über genügend Personal und Ausrüstung zu verfügen und bereit zu sein, ihre Bettenzahl im Falle einer größeren Zahl von Menschen zu erweitern“, bestätigte ein hoher Staatsbeamter.

So landeten im vergangenen Jahr insgesamt 1.203 Ausländer in drei Einrichtungen für inhaftierte Migranten, während es in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 666 waren.

„Die Verwaltung der Migranteneinrichtungen in diesen drei Einrichtungen verfügt über eine Kapazität von 552 Betten und ist in der Lage, die Kapazität sofort auf 916 Betten zu erweitern, falls erforderlich. Derzeit ist die Kapazität zu etwa einem Drittel ausgelastet“, sagt Jan Piroch, ein Sprecher der Verwaltung der Migranteneinrichtungen.

Während die Migrantenzahl im letzten Jahr von der Pandemie betroffen war, begann ihre Zahl im Juli dieses Jahres wieder zu steigen. Von Januar bis Ende Juni dieses Jahres nahm die Fremdenpolizei 5.325 Personen fest, die meisten davon aus der Ukraine, Moldawien, Afghanistan, Georgien und Vietnam. Weitere 515 Personen, 434 mehr als vor einem Jahr, wurden von der Polizei bei der illegalen Transitmigration, insbesondere in Autos, festgenommen. Die meisten der Festgenommenen waren auf dem Weg nach Deutschland.

Am letzten Augusttag fand in Brüssel eine Sondersitzung der Innenminister der Europäischen Union zu einem einzigen Thema statt: Sicherheit und Migration vor dem Hintergrund der Lage in Afghanistan.

„Tschechien hat seine Bürger und die afghanischen Mitarbeiter vor Ort in Sicherheit gebracht. Jetzt müssen wir sicherstellen, dass die Spannungen in der Region nicht auf die nächste Migrationswelle übergreifen. Unsere Priorität ist es, alles zu tun, um eine Krise an den EU-Außengrenzen zu verhindern“, sagte Hamáček in Brüssel.

Bei dem Treffen erörterten die Innenminister Berichten zufolge auch die Möglichkeit, den Nachbarländern Afghanistans 600 Millionen Euro zur Unterstützung bei der Aufnahme von Migranten zur Verfügung zu stellen.

Laut Minister Hamáček ist es wichtig, dass die EU keine gemischten Signale aussendet oder vergebliche Hoffnungen bei den Migranten weckt.

„Die EU muss deutlich machen, dass die Reise nach Europa nicht die Lösung ist und wir keine Menschenschmuggler unterstützen werden“, betonte er.

Quelle: [idnes.cz](https://www.idnes.cz) / [Remix News](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Tschechen sind kritischer gegenüber der EU-Mitgliedschaft als andere V4-Staaten

09. 09. 2021



EU-Flagge wird am Hradštin gehisst · Bildquelle: radio.cz

Die Öffentlichkeit in Tschechien, Ungarn, Polen und der Slowakei unterscheidet sich auch in ihrer Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten und Russland

Die Bürger der Visegrád-Gruppe, einem Zusammenschluss der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarns und Polens, haben unterschiedliche Ansichten über die Mitgliedschaft ihrer Länder in der Europäischen Union, wobei die Tschechen die am wenigsten positive Meinung vertreten. Die Öffentlichkeit in allen vier Ländern hat auch eine unterschiedliche Einstellung zu den Vereinigten Staaten und Russland, so die Meinungsumfrage des Instituts für öffentliche Angelegenheiten (IVO) in Bratislava.

Nur 41 Prozent der Tschechen bezeichneten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU als eine gute Sache, in der Slowakei waren 57 Prozent dieser Meinung, in Ungarn 59 Prozent und in Polen bis zu 68 Prozent der Bevölkerung.

„Die tschechische Öffentlichkeit hebt sich auch mit einem hohen Anteil ausdrücklich negativer Meinungen zur EU-Mitgliedschaft vom Gesamtbild der Visegrád-Gruppe ab – fast 30 Prozent der Befragten halten sie für eine schlechte Sache“, so die Autoren der Studie.

Die Visegrád-Gruppe wird von ihren Bürgern als wichtig angesehen

Die V4-Länder unterscheiden sich auch in ihrer Haltung gegenüber den USA und Russland. In Polen genießen die USA das größte Vertrauen in der Bevölkerung, während die Slowakei auf der anderen Seite der Skala steht. Im Gegensatz dazu wird Russland von den Slowaken am besten und von den Polen am schlechtesten wahrgenommen. Die Umfrage bestätigt das hohe gegenseitige Vertrauen von Tschechen und Slowaken.

Die meisten Einwohner der genannten Länder bezeichneten die V4-Gruppierung als wichtig und nannten Wirtschaft und Handel als wichtigsten Bereich der regionalen Zusammenarbeit. Weitere Prioritäten sollten nach Ansicht der Tschechen die Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung sein, während die Slowaken und Polen die Möglichkeit sehen, den Tourismus zu entwickeln.

Die Umfrage unter einer repräsentativen Stichprobe der Bevölkerung in den vier mitteleuropäischen Ländern wurde in diesem Frühjahr durchgeführt, als die zweite starke Welle der Coronavirus-Infektion in der Region ihren Höhepunkt erreichte. Die Leistung ihrer Regierung im Umgang mit der Covid-19-Epidemie wurde von der ungarischen Bevölkerung am besten bewertet. Die Slowaken gaben die schlechteste Bewertung für ihre Regierung ab, und zwar für das Kabinett von Ministerpräsident Igor Matovič, der nach der Koalitionskrise vom Amt des Ministerpräsidenten zurücktrat.

Quelle: [Eurozpravy.cz](https://www.eurozpravy.cz)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S l o w a k e i

12) Slowakische Weine sind die teuersten in der Visegrád-Region

09. 09. 2021



Bildquelle: Slovak Spectator

Die Preise sind 20 Prozent höher als in Ungarn.

Alkohola sind in der Slowakei nach wie vor am teuersten unter den vier Mitgliedern der Visegrád-Gruppe (V4). Dies geht aus Informationen des EU-Statistikamtes Eurostat hervor.

Den Angaben zufolge erreicht die Slowakei einen Alkoholpreisindex von 95,2, wobei 100 den durchschnittlichen Alkoholpreisen in der EU entspricht.

Zum Vergleich: Tschechien hat einen Wert von 87,9, Polen von 86,5 und Ungarn von 72,7, das damit auch das Schlusslicht in der Europäischen Union bildet. Sogar in Deutschland ist Alkohol billiger als in der Slowakei mit einem Wert von 91,4.

Die Slowakei hatte einen Wert von 95,2, womit ihre Alkohola den 20. Platz in der EU einnehmen.

Im Vergleich dazu stieg der Wert in Tschechien um 0,7, aber in Deutschland sank er um 1,2 Punkte, in Polen auf 3,0 Punkte und in Ungarn um 7,7 Punkte.

Am teuersten waren Alkoholika (Likör, Wein und Bier) in Finnland mit einem Preisindex von 193, gefolgt von Irland (181) und Schweden (166). Am unteren Ende der Skala lagen Ungarn, gefolgt von Rumänien (74) und Bulgarien (81).

Quelle: [Slovak Spectator](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Papst Franziskus besucht die Slowakei

04. 09. 2021



Bildquelle: Slovak Spectator

Der Papst wird am Nachmittag des 12. September in der Slowakei eintreffen und bis zum 15. September bleiben, der in der Slowakei ein Nationalfeiertag ist.

Der Pontifex wird während seines fast viertägigen Aufenthalts Bratislava (Pressburg), Prešov (Eperies), Košice (Kaschau) und Šaštín (Maria Schoßberg) besuchen.

Für die breite Öffentlichkeit sind vier Veranstaltungen vorgesehen, bei denen die Gläubigen den Papst treffen können, drei davon am 14. September und eine am 15. September.

Diejenigen, die Papst Franziskus treffen wollen, müssen sich auf der Website navstevapapeza.sk registrieren, da die Eintrittskarten für die Teilnahme an den Veranstaltungen erforderlich sind. Eine weitere Bedingung ist, dass die Person vollständig gegen Covid geimpft sein muss, um teilnehmen zu können.

Bis zum 30. August hatten sich bereits rund 46.000 Personen registriert. Das größte Interesse besteht an der Messe, die Papst Franziskus am letzten Tag seines Besuchs in Šaštín abhalten wird: rund 23.000 Menschen. Weitere 13.000 Menschen haben sich für die Veranstaltung in Prešov angemeldet.

Quelle: [Slovak Spectator](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn

14) Die EU ist wohlhabend... und schwach

14. 09. 2021



Quelle: MTI

Auch wenn Europa dazu nicht in der Lage ist, muss Ungarn seine Interessen schützen, schreibt die Magyar Hírlap-Kolumnistin Mariann Öry

„Sie ist wohlhabend und schwach – die gefährlichste Kombination“, sagte Ministerpräsident Viktor Orbán kürzlich in einer Rede und fasste damit seine Meinung über die Europäische Union als Ganzes zusammen.

Der Ministerpräsident hat mit harten Fakten belegt, dass die Konkurrenten der EU Europa den Rang ablaufen: 2007 lag der Anteil der EU am weltweiten BIP bei über 25 Prozent und wird bis 2020 in etwas mehr als einem Jahrzehnt auf 18 Prozent schrumpfen. Im Jahr 2007 entfielen 81 Prozent der weltweiten Investitionen auf den Westen oder gingen vom Westen in den Osten, und nur 17 Prozent der weltweiten Investitionen kamen aus dem Osten. Im

Jahr 2019 lag der Anteil bei 31 Prozent für den Westen und 66 Prozent für den Osten, so Orbán.

Warum sollte es anders sein? Die liberale Elite der EU ist davon überzeugt, dass die intellektuelle Krönung ihrer Existenz darin besteht, die Mitgliedsstaaten im Namen der Gender- und LGBTQ-Lobby zu erpressen, indem sie ihre politischen Ansichten als Sorge um die Rechtsstaatlichkeit tarnt. Brüssel ist in erschreckender Weise von der Realität abgekoppelt und widmet Zeit und Energie den oben genannten Themen, während die Wettbewerbsfähigkeit der EU nur noch ein Schatten ihres früheren Selbst ist.

Wohin wir auch schauen, es ist ziemlich lächerlich. Die so genannten neuen Mitgliedstaaten – d. h. unsere Region – werden immer noch nicht als gleichberechtigt mit den alten betrachtet, und die „älteren“ EU-Mitgliedstaaten sehen sich mit unendlicher Arroganz nur als Träger der wahren europäischen Werte. Sobald sich jemand z.B. dagegen ausspricht, der LGBTQ-Lobby den Zutritt zu Kindergärten zu gestatten, wird er oder sie von Gleichgesinnten beschuldigt, unsere gemeinsamen Werte abzulehnen – Werte, die immer von ihnen bestimmt werden, nicht von uns.

Als wir oder andere Mitgliedstaaten der EU beitraten, war nie die Rede davon, dass man sich eines Tages anschicken würde, wegen des ungarischen Kinderschutzgesetzes Rückzahlungsgelder zu verweigern, Polen in noch nie dagewesener Weise zu bedrohen, die Souveränität mit Füßen zu treten und das Machtgefüge der EU-Institutionen zu erschüttern.

Sie machen sich auch ständig Sorgen um die Demokratie, doch wenn Ungarn ein Referendum über das Kinderschutzgesetz ankündigt, schreien sie, dass die „Tyrannei der Mehrheit“ nun eine neue Bedrohung darstellt. Die Tyrannei der Mehrheit! In solchen Äußerungen spiegelt sich die Arroganz der (ehemaligen Freien Demokratischen Partei) SZDSZ wider, die auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet ist: die Überzeugung, dass es unnötig und sogar gefährlich ist, die Menschen nach ihrer Meinung zu fragen.

Im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen schrieb der Redakteur der Deutschen Welle, es sei vielleicht an der Zeit, den olympischen Medaillenspiegel abzuschaffen, weil er „den Nationalismus stärkt“. Wie laut können die Konkurrenten und sogar Feinde der westlichen Welt darüber lachen?

Europa muss sich schleunigst zusammenreißen. Clowns werden nicht respektiert. Und europäische Kultur ist nicht Konsumismus, nicht Schwäche, nicht die Auslöschung unserer christlichen Wurzeln.

Ungarn muss seine eigenen Interessen und die der europäischen Zivilisation entschlossen verteidigen. Natürlich würde die EU-Elite das Land am liebsten von einer Marionette ihrer Wahl führen lassen (Anmerkung der Redaktion: Im kommenden Frühjahr finden in Ungarn Parlamentswahlen statt).

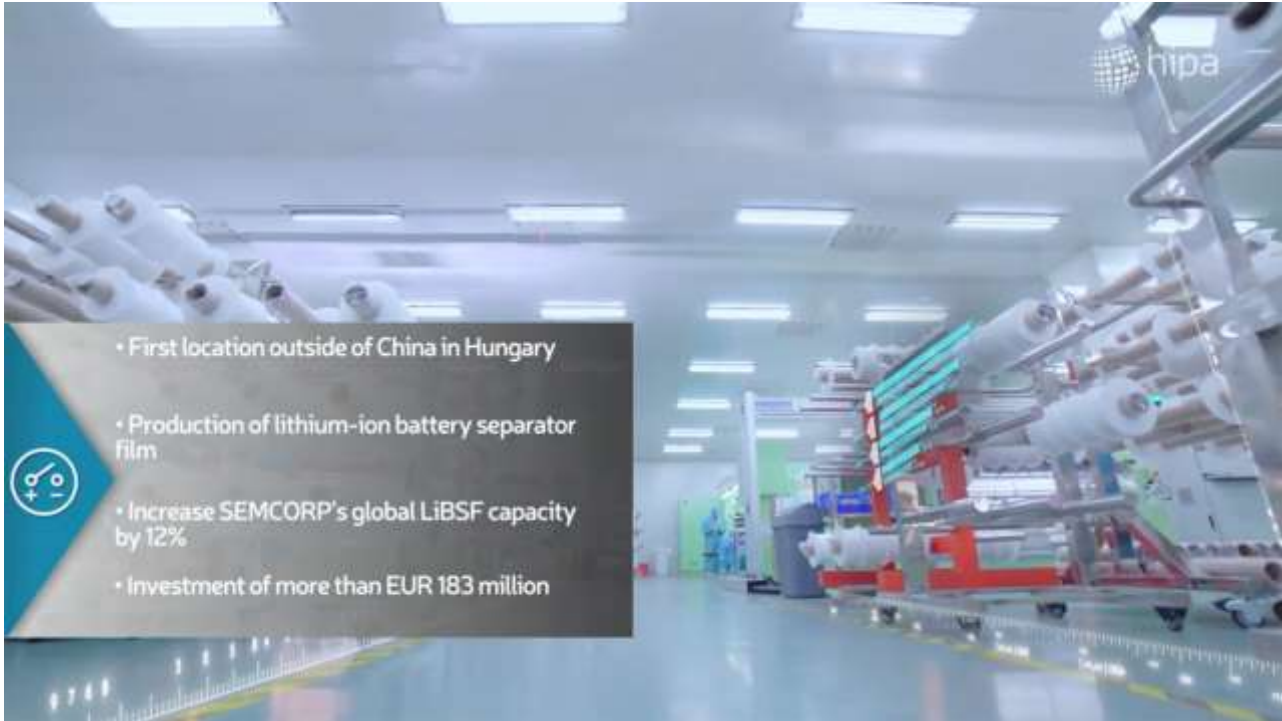
MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Chinesischer Batteriehersteller baut 185 Millionen Euro teures Werk in Ungarn

14. 09. 2021



Standbild der Hungarian Investment Promotion Agency · Quelle: Youtube

Ungarns Politik der starken Handelsbeziehungen mit dem Osten hat sich zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt

Das chinesische Unternehmen Semcorp investiert mehr als 65 Milliarden Forint (185 Millionen Euro) in Debrecen und tätigt damit eine der größten Investitionen des Jahres in Ungarn, teilte Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó mit. Er sagte, dass Semcorp im Rahmen dieser Investition bis Ende 2022 ein Werk für Separatorfolien für Lithium-Ionen-Batterien errichten werde.

Der Staat werde das mehr als 65 Milliarden Forint teure Projekt, das 440 Arbeitsplätze in der Stadt schaffen werde, mit 13 Milliarden Forint unterstützen, sagte der Minister am Montag bei der Grundsteinlegung für die Großinvestition des chinesischen Unternehmens.

In seiner Rede betonte der Minister, dass in mehreren dominanten, revolutionären Sektoren der neuen Weltwirtschaftsära „der Wind aus dem Osten weht“, wie es in der Elektroautoindustrie der Fall ist. Als Beispiel führte er an, dass im Jahr 2007 81 Prozent der weltweiten Investitionen durch westliches Kapital und nur 17 Prozent durch den Osten finanziert wurden. 2017–2018 hatte sich dieses Verhältnis in etwa eingependelt und im vergangenen Jahr komplett umgekehrt: Der Anteil des Ostens war auf 70 Prozent gestiegen, während der des Westens auf 29 Prozent gesunken war.

Szjijártó fügte hinzu, dass der Anteil Chinas an der Weltwirtschaftsleistung im Jahr 2000 nur 4 Prozent betrug, inzwischen aber 18 Prozent erreicht hat, und dass der Ferne Osten im

vergangenen Jahr bereits der wichtigste Handelspartner der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union war.

Der Leiter des Ministeriums wies auch darauf hin, dass die technologische Überlegenheit der westlichen Welt deutlich abgenommen hat, und fügte hinzu, dass beispielsweise die größten Batteriehersteller in der Elektroautoindustrie allesamt östliche Unternehmen sind. Allerdings, so Szijjártó, werden die Investitionsentscheidungen dieser Unternehmen auch darüber entscheiden, welche EU-Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren erfolgreich sein werden.

Szijjártó sagte, dass die Errichtung der 97.000 Quadratmeter großen ersten ausländischen Produktionseinheit von Semcorp ein weiteres Kapitel in der Erfolgsgeschichte der ungarisch-chinesischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit sei. Die Arbeiten haben bereits im Sommer begonnen, die Anlage soll im ersten Quartal 2023 in Betrieb genommen werden, wodurch die Kapazität des marktführenden Unternehmens in diesem Bereich um 12 Prozent steigen wird.

In Ungarn werden dann jährlich 400 Millionen Quadratmeter Separatorfolie produziert. Szijjártó betonte, dass die Öffnung der ungarischen Wirtschaftspolitik nach Osten eine echte wirtschaftliche Erfolgsgeschichte sei und nun auch von Kritikern anerkannt werden müsse.

In den vergangenen elf Jahren sei der Handel zwischen Ungarn und den östlichen Ländern um 28 Prozent gestiegen. Der größte Investor in Ungarn war 2019 Südkorea und im vergangenen Jahr China. Ungarns Handelsumsatz mit China stieg in der ersten Hälfte dieses Jahres um 24 Prozent, das Volumen der ungarischen Exporte nahm um 51 Prozent zu.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Viktor Orbán bittet Papst Franziskus, Ungarn nicht untergehen zu lassen

Papst Franziskus traf Viktor Orbán, der ihn bat, „das christliche Ungarn nicht untergehen zu lassen“, auch wenn die beiden Männer vor allem in Fragen der Migrationspolitik durchaus nicht einer Meinung sind.

Von Lionel Baland

12. 09. 2021



Bildquelle. BVoltaire

Der Papst besuchte Ungarn am Sonntag, den 12. September 2021, um eine Messe anlässlich des 52. Internationalen Eucharistischen Kongresses auf dem Heldenplatz in Budapest zu feiern, auf dem Statuen der wichtigsten historischen Persönlichkeiten des Landes stehen. Zuvor hatte er sich mit dem ungarischen christdemokratischen Ministerpräsidenten getroffen.

Der ideologische Schlagabtausch fand vierzig Minuten lang hinter verschlossenen Türen im Budapester Museum der Schönen Künste am Rande des Heldenplatzes statt, in Anwesenheit des ungarischen Staatspräsidenten Janos Ader und zweier hochrangiger Beamter der römischen Kurie.

Nach dem Treffen postete Viktor Orbán ein Foto des Treffens auf Facebook und erklärte, er habe den Papst gebeten, „das christliche Ungarn nicht untergehen zu lassen“.

Nach Ansicht von Medienkommentatoren war das Treffen ein diplomatischer Affront gegen einen regulär gewählten Ministerpräsidenten, da der Papst ihm entgegen dem Rat der diplomatischen Dienste des Vatikans den Status eines Staatsbesuchs verweigerte. Ein ungarischer TV-Kommentator sagte sogar: „Er will Ungarn demütigen!“

Im offiziellen Kommuniqué des Papstes werden die „heißen Eisen“ nicht erwähnt, sondern es heißt lediglich, dass die Gesprächspartner unter anderem über den Schutz der Umwelt und der Familie gesprochen haben.

Während der christliche Führer entspannt wirkte, war der ungarische Regierungschef weit weniger entspannt, da er ein großes Interesse daran hat, seine Wählerschaft zu halten. Tatsächlich will die Opposition bei den Wahlen 2022 als Einheit auftreten. Liberale, sozialistische, umweltpolitische und ehemals ultranationalistische politische Gruppen haben sich zusammengeschlossen, um zu versuchen, die derzeitige Regierung zu stürzen.

Sowohl Ungarn als auch Polen werden von Brüssel angegriffen, das sie wegen ihrer Migrationspolitik und ihrer Haltung zu LGBTQIA+-Themen finanziell bestrafen will, während die EU versucht, mehr Kontrolle über die polnische Justiz und die magyrische Medienlandschaft auszuüben. Die ungarische Justizministerin Judit Varga (Fidesz) erklärte kurz vor dem Papstbesuch, ihr Land werde alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um im Streit mit der EU auf Seiten Polens zu intervenieren.

Viktor Orbán, der kurz vor dem Besuch von Franziskus die serbische patriotische Ministerpräsidentin Ana Brnabić (SNS) empfing, teilte der Öffentlichkeit nach einer gemeinsamen Sitzung der Regierungen beider Länder in Budapest mit, dass Ungarn und Serbien – ein Nicht-EU-Mitglied – die europäischen Grenzen gegen die Migration verteidigen werden, auch wenn keine Anerkennung durch die EU zu erwarten ist.

Franziskus flog am frühen Nachmittag in die Slowakei, wo er drei Tage lang zu Besuch sein wird.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BOULEVARD VOLTAIRE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Ungarns Demokratie und ihre Verunglimpfung in Europa

Von Peter Tase

08. 09. 2021



Peter Marko Tase · Bildquelle: Demokracija

Seit der europäischen Migrantenkrisen von 2015, als 1,3 Millionen Menschen in den Raum der Europäischen Union eindrangen und um Asyl baten, herrscht in ganz Europa ein Krieg der Ideen und Prinzipien.

Angesichts der Unruhen im Nahen Osten, der Kriege in Afghanistan und im Irak sowie der Gefahren, die durch terroristische Aufstände in Nigeria, Libyen und Pakistan entstanden sind, haben die europäischen Regierungen in den letzten zehn Jahren begonnen, eine steigende Zahl von Flüchtlingen zu registrieren.

In dem Prozess, diesen Flüchtlingen ein Umfeld zur Wiedereingliederung zu bieten, hat sich eine überwältigende Kluft in der Grenzsicherheitspolitik aufgetan, und zwar zwischen den Ländern der Europäischen Union, die offen dafür sind, fremde kulturelle Traditionen unvermittelt in ihre jeweiligen Gesellschaften einzubringen, und Nationen wie Ungarn, die sich um die Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung demokratischer Institutionen bemühen. Im Gegensatz zum vorherrschenden Trend in der EU steht Ministerpräsident Viktor Orbán in ständigem Kontakt mit seinen Landsleuten und pflegt einen engen Dialog, wenn es um strategische Fragen geht, die sich unmittelbar auf die nationale Sicherheit und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ungarns auswirken.

Es bleibt die grundsätzliche Frage: Gibt es mehr Demokratie in Brüssel oder in Budapest?

Jahrelang haben EU-Parlamentarier Viktor Orbán ungeniert als autokratischen Herrscher und als Feind der Europäischen Menschenrechtskonvention dargestellt und behauptet, dass demokratische Grundsätze und Normen in Budapest erodieren.

In Ländern wie den Niederlanden besteht Ministerpräsident Mark Rutte darauf, dass Ungarn „in der Europäischen Union nichts mehr zu suchen hat“, und verweist dabei auf Orbáns Gesetz vom Juni 2021, das die Strafen für verurteilte Pädophile verschärfen, die Darstellung oder Förderung von Homosexualität bei Jugendlichen unter 18 Jahren verbieten und die Rechte von Kindern und ihren Eltern schützen soll.

Dazu Hungary Today: „Das Gesetz sieht vor, dass Eltern das Recht haben müssen, über die Sexualerziehung ihrer Kinder zu entscheiden, und dass der Sexualerziehung in der Schule ganz klare Grenzen gesetzt werden müssen. Kinder müssen vor dem Zugang zu Informationen auf jeder Plattform geschützt werden, die den Erziehungsvorstellungen der Eltern zuwiderlaufen.“

Rutte, der vom luxemburgischen Premierminister und belgischen Regierungschef, dem französischen Präsidenten und anderen EU-Beamten unterstützt wird, hat sich ein fruchtbares Terrain verschafft, auf dem er seine Verleumdungen gegen Ungarn verstärken kann.

Die Fakten vor Ort sind jedoch hartnäckig und beweisen überraschenderweise das Gegenteil.

Die Niederlande sind weltweit führend bei der Herstellung von XTC, einer Droge, die chemisch mit Meskalin und Amphetamin verwandt ist und wegen ihrer euphorisierenden und halluzinogenen Wirkung illegal konsumiert wird.

Untersuchungen haben ergeben, dass allein in einem Jahr mehr als 1 Milliarde XTC-Pillen hergestellt wurden, und die niederländische organisierte Kriminalität hat mit dieser Industrie einen Jahresumsatz von 18,9 Milliarden Euro erzielt.

Die geografische Lage und die Infrastruktur sowie die tolerante Gesellschaft der Niederlande sind wichtige Faktoren, die das Gedeihen krimineller Aktivitäten in diesem Land ermöglichen. Darüber hinaus haben der überwältigende Mangel an Polizeibeamten und die geringen Strafen gegen den Drogenhandel dazu geführt, dass die niederländische Jugend immer mehr Rauschmittel konsumiert.

„Dies ist eine Folge der berühmten niederländischen Toleranz gegenüber weichen Drogen, die seit den späten 1970er Jahren praktiziert wird. Wir dachten, wir würden der Welt ein Beispiel geben, und wir waren lange Zeit sehr zufrieden damit – aber jetzt nicht mehr“, erklärte Pieter Tops, Sozialwissenschaftler an der Universität Tilburg und Dozent an der Polizeiakademie der Niederlande.

Am 6. Juli 2021 wurde Peter R. de Vries, ein renommierter niederländischer Journalist, der furchtlos über die gewalttätige Unterwelt der Niederlande berichtete und sich für eine wirksame Justiz einsetzte, auf offener Straße in Amsterdam getötet. Auch wenn die Gründe für die Erschießung von De Vries noch nicht bekannt sind, steht der Anschlag vom 6. Juli für das gefährliche Umfeld, das in den Niederlanden für Enthüllungsjournalisten herrscht, insbesondere für diejenigen, die Drogenhandelsnetze und die Amsterdamer Unterwelt aufdecken.

Nicht in Ungarn, sondern in den Niederlanden wurde ein Journalist erschossen, der rechtsgerichtete Politiker Pim Fortuyn ermordet und der islamkritische Filmemacher Theo van Gogh getötet. All diese grausamen Taten sind ideologisch motiviert. Im heutigen Ungarn haben christliche und katholische Werte die Oberhand über die öffentlichen Institutionen und die Umsetzung der öffentlichen Politik. Die moralischen Werte, die bürgerlichen Freiheiten und die Grundfreiheiten stehen im Mittelpunkt von Orbáns Führung und Außenpolitik.

Während die westeuropäischen Agitatoren Ungarn ständig angreifen und Orbáns demokratische Haltung leugnen, sind die Aussichten auf eine gesündere Demokratie und die Gewährleistung der Menschenwürde durch die staatlichen Institutionen in Budapest höher als in allen westeuropäischen Hauptstädten zusammen.

Dieser Beitrag reschen zuerst bei [DEMOKRACIJA](#),

unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Ungarn unterstützen weiterhin den Grenzschutz

06. 09. 2021



Bildquelle: Magyar Nemzet

Die überwältigende Mehrheit der Ungarn, 81 Prozent, befürwortet die Beibehaltung der ungarischen Grenzzäune zum Schutz vor illegalen Einwanderern, so das Ergebnis der jüngsten Meinungsumfrage des Ungarischen Zentrums für Grundrechte.

Die landesweit repräsentative telefonische Umfrage unter 1.000 Personen zeigt, dass acht von zehn Ungarn im wahlberechtigten Alter den 2015 errichteten Grenzzaun im Süden des Landes nach wie vor unterstützen. Dies bedeutet, dass

rund 6,5 Millionen Wählerinnen und Wähler sich für den Grenzzaun und gegen die illegale Einwanderung aussprachen.

Der Kampf gegen die illegale Migration ist nicht nur wegen der Entwicklungen in Afghanistan aktuell, sondern auch, weil die jüngsten Zahlen zeigen, dass die Behörden in den ersten acht Monaten des Jahres 2021 300 % mehr illegale Einwanderer an der Südgrenze festgenommen haben als im gleichen Zeitraum des Jahres 2020 – und die Umfrage des Zentrums zeigt, dass die öffentliche Unterstützung für einen Grenzzaun gegen den wachsenden Migrationsdruck unbestritten bleibt.

Nur jeder zehnte Ungar, d. h. zehn Prozent, nimmt in dieser Frage eine „unentschlossene“ Haltung ein und nur sechs Prozent der Befragten sprechen sich gegen einen Zaun an der Südgrenze aus.

Die Umfrage zeigt auch, dass die Ungarn glauben, dass der gescheiterte NATO-Abzug aus Afghanistan den Migrationsdruck auf Europa erhöhen wird. Siebenundsechzig Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Veränderungen der Sicherheitslage in dem zentralasiatischen Land zu einem Anstieg der Einwanderung an den europäischen Grenzen führen werden, während 14,5 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass es trotz der Ereignisse in Afghanistan keine wesentlichen Veränderungen geben wird. Nur fünf Prozent der Befragten glauben, dass die Migration auf den Kontinent zurückgehen wird.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Budapest: Rumänische Schlepper verursachen schweren Unfall

Von Rainer Ackermann

06. 09. 2021



Foto: MTI/Zoltán Mihádák

Am Donnerstagmorgen verursachten Menschenschlepper einen schweren Verkehrsunfall auf der Budapester Ringautobahn M0.

Unweit des Knotenpunktes Szigetszentmiklós im Süden Budapests, in Richtung der Autobahn M1 nach Wien, kollidierten drei Fahrzeuge. Zwei davon wurden von Rumänen gesteuert, die insgesamt elf Migranten beförderten. Die Polizei nahm sowohl die beiden Fahrer als auch deren illegalen Mitfahrer – die sich als Syrer und Iraker ausgaben – in Gewahrsam.

Nach ihrer Einvernahme werden die illegalen Migranten zu einem der Grenzkontrollpunkte zurückgebracht; die beiden rumänischen Fahrer werden wegen Menschenschmuggels angeklagt.

BUDAPESTER ZEITUNG

Deiser Beitrag erschien zuerst in der [BUDAPESTER ZEITUNG](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Ungarn: Bericht von der Schengen-Außengrenze, Grenzschutz in Aktion. Die Grenzgänger kommen von der serbischen Seite der Grenze in den Gebieten Ásothalom, Mórahalom und Röszke

Von László Janos Semán

06. 09. 2021



Foto: István Mirkó/Magyar Nemzet

Ohne die Grenzschutzbeamten wäre es für die Grenzpolizei und die Soldaten fast unmöglich, die technischen Grenzsperrern an der serbisch-ungarischen Grenze zu überwachen. Die Grenzschutzbeamten kennen das Terrain wie ihre Westentasche.

Der Korrespondent und Fotograf der ungarischen Tageszeitung *Magyar Nemzet* besuchte einige der Frontorte; Ásothalom, Mórahalom, Röszke – drei Siedlungen an der serbisch-ungarischen Grenze, zwischen Donau und Theiß, die alle organisch miteinander verbunden sind.

Die Schmuggler organisieren die illegalen Einwanderer, die in der Vojvodina, in Subotica, Palic, Ludas und Bácsszőlös warten, in Gruppen von zehn bis fünfzehn Personen.

Dann drücken sie den Migranten ein auf den Turm der serbischen Telefongesellschaft abgestimmtes Smartphone in die Hand und lassen sie zu Fuß gehen. Sie sollen die technische Grenzbarriere auf mit GPS-Koordinaten markierten Routen überschreiten. Normalerweise kommen sie aus den Wäldern von Palic, verlassen Bauernhöfen und Maisfeldern direkt in die Äcker und Wälder der Grenzregion. Der technische Grenzübergang wird in der Regel bei Dunkelheit erreicht. Sie verstecken sich in der Vegetation auf der serbischen Seite des doppelten Zaunsystems in der Nähe des Zauns und warten auf ungarische Polizisten und Soldaten, die in Autos auf der Straße zwischen den beiden

Zäunen patrouillieren. Sie warten, bis die Patrouille umdreht und zurückfährt. Wenn der Jeep verschwindet, kommen sie mit mehreren Metern nagelneuer Aluminiumleitern heraus.

In Serbien gibt es bereits einen Mangel an Aluminiumleitern. Nicht einmal in der grenznahen Stadt Subotica gibt es welche. Sie wurden von den Menschenschmugglern aufgekauft.

„Genau so bei Drahtscheren. Sobald die ungarische Grenzpatrouille weg ist, klettern die Migranten über den äußeren Zaun und springen in den Streifen zwischen den beiden Zäunen. Sie haben üblicherweise eine Doppelleiter dabei, um beide Zäune zu überwinden. Die Leitern, die auf der serbischen Seite bleiben, werden von den Schmugglern eingesammelt und zurückgebracht, um an neue Gruppen verkauft zu werden“, erklärt Levente Pócze, Vorsitzender der Bürgerwehron Ásothalom. Er ist seit mehr als vierzig Jahren als Förster im Ásothalm Gebiet tätig und hat eine persönliche Beziehung zu jedem Baum, jedem Baum und jedem geschlossenen Wald; er kennt jeden Grashalm. Ein Grenzpolizist sagte über ihn und die anderen Grenzschutzbeamten, dass es ohne sie für die Grenzpolizei, die Polizei und die Soldaten, die die technischen Grenzsperrern überwachen, fast unmöglich wäre zu operieren.

Sie kennen das Terrain wie ihre Westentasche. Ohne sie wären die hier eingesetzten uniformierten Beamten nicht in der Lage, zielgerecht zu operieren.

- Diejenigen von uns, die hier leben, die hier geboren sind, können sich mit ein oder zwei Worten verständigen, wo wir im Feld hingehen müssen, um den illegalen Einwanderern den Weg zu versperren. Ohne genaue Kenntnis des Terrains kann ein Polizist aus einem gernerzfernen Ort praktisch nichts machen.

Wir wissen, wo sie sich in Wäldern und auf verlassen Bauernhöfen verstecken, und sobald sie sich bewegen, spüren wir sie auf, indem wir ständig Informationen darüber erhalten, wohin sie gehen. Bewaffnete uniformierte Beamte fangen sie dann ab.

- sagt der pensionierte Revierförster mit einer natürlichen Miene, ohne mit der Wimper zu zucken. Im vergangenen Jahr wurde er außerdem zum Bürger des Jahres und zum Stadtrat für öffentliche Sicherheit der Gemeinde Ásothalom ernannt. Seit 1978 gehört er dem Entscheidungsgremium der Gemeinde als Ratsmitglied an und ist auch heute noch Mitglied des Gemeinderats. Er sagte, dass er alle Ämter des Gremiums außer dem des Bürgermeisters bekleidet habe und nun Mitglied und Vorsitzender eines Ausschusses sei. Sein Engagement für die Bürgerwehr begann 1997, als er vom damaligen Bürgermeister gebeten wurde, eine lokale Gruppe zu gründen, um einer öffentlichen Forderung nachzukommen. Später wurde er in den Aufsichtsrat des Nationalen Verbandes der Bürgerwehren gewählt und ist außerdem Vizepräsident des Verbandes der Bürgerwehren des Komitats Csongrád.

Wir wandern auf unbefestigten Straßen, Schotter- und Feldwegen durch den Wald, und ab und zu taucht ein Bauernhaus auf. Levente Pócze kennt jeden der Eigentümer, weiß, wer in welchem Haus wohnt, wie viele Personen dort leben, was für Hunde sie haben, wie viele Kinder und ob die Frau arbeitet. Er weiß auch, welche Bauernhöfe aufgegeben wurden. Sie werden regelmäßig kontrolliert – hervorragende Verstecke für Migranten. Plötzlich stehen wir vor dem technischen Grenzübergang. Der Bürgerwehrvertreter steigt aus dem Streifenwagen aus und erklärt, aus welcher Richtung die Migranten kommen und wohin sie gehen.

Während er spricht, berührt ein unvorsichtiger Reporter den Zaun. Das muss eine unbewusste Reaktion gewesen sein, denn wir hatten zuvor über Elektrizität in den Zäunen gesprochen.

Als das System installiert wurde, überraschte ein Team des dänischen öffentlich-rechtlichen Fernsehens die Bürgerwehr in Ásotthalom. „Was für eine Sache, Strom in den Zäunen zu haben!“, riefen sie empört. Levente Pócze erklärte ihnen vergeblich, dass Elektrizität nicht gegen Menschen gerichtet ist, die Spannung in den Drähten ist so hoch wie im Elektrozaun selber, sie sticht lediglich die Person, die sie berührt, aber sie verursacht keine Verletzungen, geschweige denn den Tod.

Die Drähte sind so konzipiert, dass sie die Alarmanlage auslösen, sobald jemand sie berührt.

Die an den Masten montierten Kameras – sie können um 360 Grad schwenken und liefern ein qualitativ hochwertiges Bild – sind auf den Punkt ausgerichtet, an dem der Zaun berührt wurde. Die alarmierten Patrouillen können dadurch erkennen, wie viele Personen im Begriff sind, die Grenze zu überschreiten. Nachts gehen die Scheinwerfer an, und aus den Lautsprechern ertönt eine Warnung mit deutlicher Stimme in Englisch, dann in Arabisch, Paschtu, Parsi und drei weiteren Sprachen, die dem Reporter völlig unbekannt sind, dass ein Migrant die ungarische Staatsgrenze erreicht hat, die auch die Schengen-Außengrenze der Europäischen Union ist. Illegales Überschreiten ist in Ungarn eine Straftat, die mit Gefängnis bestraft wird. Nachdem der Reporter unvorsichtigerweise die technische Grenzbarriere berührt hatte, war innerhalb weniger Minuten eine Militärpatrouille da, die, als sie den vertrauten Grenzwächter sah, winkte und sich wieder zurückzog.

Einen Tag zuvor waren wir auf schlammigen Straßen über einen wilden Zaun gestolpert, der in die Lichtungen führt. Das ist ein Wildschweingarten. Knapp 420 Hektar Wald mit riesigen Wildschweinrotten.

Am Zaun ist zu sehen, wo er von Migranten bereits überwunden wurde, der Stahldraht ist dort durchbrochen

- erklärt der Förster im Ruhestand, indem er auf die Spuren der illegalen Migranten hinweist. Mittels GPS wissen die Migranten, dass sie in diese Richtung nach Kissor, dann nach Zákányszék, Domaszék und Szeged bewegen sollen.



Foto: István Mirkó/Magyar Nemzet

Zurück auf der asphaltierten Straße verabschieden wir uns von Levente Pócze und machen uns auf den Weg nach Röszke. István Túró Túró, Vorsitzender des Bürgerwehr von Röszke, erwartet uns und wir treffen dort László Sárközi, Vorsitzender des Selbstverteidigungsvereins (Bürgerwehr) von Mórahalom. Mórahalom liegt weiter im Osten, nördlich der serbisch-ungarischen Grenze. Hier ist zumeist Ackerland zu finden, allerdings mit bewirtschafteten Feldern.

Gegenwärtig bieten Mais und Sonnenblumen den illegalen Migranten, die die Grenze überqueren, Schutz.

István Túró nimmt uns mit nach Holt-Tisza. Hier, am Punkt F2, durchbricht das Wasser die technische Grenzbarriere. Hier zeigt uns István Túró seine neu erworbene Wärmebildkamera und sein hochauflösendes Fernglas. Dort drüben, auf der serbischen Seite, etwa zweihundert Meter entfernt, versucht ein Fischer zu fischen. Er raucht eine gefilterte Zigarette. Wir können sogar deren Markenbezeichnung mit dem Fernglas erkennen. Der Bürgerwehrvertreter sagt, dass sie nur drei Wärmebildkameras haben, aber viel mehr brauchen würden.

Die Probleme von Röszke unterscheiden sich von denen von Ásotthalom oder Mórahalom dadurch, dass es sich um den Grenzübergang der Autobahn M5-E75, Röszke-Horgos, handelt. Mit starkem LKW- und PKW-Verkehr.

Die Migranten versuchen in der Regel, die Grenze auf dem Landweg zu überqueren oder den internationalen Grenzübergang durch die technische Grenzsperrung zu umgehen.

Wie bei F2, wo es keine technischen Hindernisse auf dem Wasser gibt, schleichen sie sich sogar im Winter durch das eisige Wasser. Ein weiterer schwieriger Punkt ist der Pap-Halmi-Kanal, der manchmal in die serbische Vojvodina führt, nur um dann wieder auf ungarisches

Staatsgebiet zurückzukehren; der Kanal bildet die natürliche Grenze bis zum Grenzübergang. An einem der Übergänge mussten massive Eisengitter angebracht werden, weil die Migranten bis zu den Hüften im Wasser durch die Rohre unter der unbefestigten Straße im Hauptkanal krochen. Und die Autobahn hat bereits ein Opfer von illegalen Einwanderern gefordert: Viele Fahrer rasen trotz des hohen Verkehrsaufkommens unvorsichtig über die Straße. Einer der Migranten überquerte die Straße und versuchte dann, als er die Grenzpolizei sah, auf die andere Seite zurückzulaufen. Dabei wurde er von einem zu schnell fahrenden Auto erfasst und getötet.

Sándor Csorba, Vorsitzender der Grenzschutzabteilung des Nationalen Verbandes der Bürgerwehren (OPSZ) und Vorsitzender des Bürgerwehrvereins Balotaszállás, bestätigt unsere Vermutung: Sowohl Levente Pöcze, László Sárközi als auch István Túró setzen sich für den Schutz der Bürger ein, sie lieben ihre Heimat und ihr Land. Sie tun ihr Bestes zusammen mit den anderen Grenzschutzbeamten. Sándor Csorba selbst ist 36 Jahre lang im Amt.

Die Staatsgrenze ist heilig und unantastbar

- sagt er und fügt hinzu: „Wir werden unser Heimatland schützen.“



Foto: István Mirkó/Magyar Nemzet

Seine Organisation wurde im Herbst 2016 gegründet. Sie deckt die gesamte Schengen-Außengrenze beginnend vom Komitat Zala bis hin zum Komitat Szabolcs-Szatmár-Bereg ab. Hinzu kommen das Komitat Jász-Nagykun-Szolnok und das Komitat Győr-Sopron-Moson in Richtung Österreich mit insgesamt 97 Verbänden und 2050 Mitgliedern. In viereinhalb Jahren wurden bereits 650.000 Stunden Streifendienst geleistet, davon 110.000 gemeinsam mit der Polizei. Insgesamt wurden 11.000 illegale Migranten direkt oder infolge von Anzeigen aufgegriffen. Sechstausend Anzeigen erhielten die Behörden, um gegen Menschenschmuggler vorgehen zu können. Gelegentlich sind die Bürgerwehren auch an der Seite von berittenen Ordnungshütern im Einsatz. Sie patrouillieren aber nicht nur und

helfen bei Abfangaktionen, sondern räumen auch hinter den Migranten auf. Es ist üblich, dass die Migranten ihre Zelte und Kleidung in den Wäldern zurücklassen.

Auf ungarischem Staatsgebiet angekommen, ziehen sich Migranten europäische Kleidung an, um nicht aufzufallen, und setzen ihre Reise zu den bewohnten Siedlungen als „Touristen“ gekleidet fort.

Kürzlich wurde von der Bürgerwehr ein kleines Zeltlager in Dunafalva entdeckt.

Sándor Csorba sagt, er sei mit der vorhandenen Ausstattung zufrieden. Für einen erfolgreichen Einsatz werden allerdings noch ein Fahrzeug, ein Nachtsichtgerät (Wärmebildkamera), eine Drohne und ein Fernglas benötigt. Die Bürgerwehren nutzen jede Gelegenheit, um Zuschüsse zu beantragen, damit sie alles bekommen, was sie brauchen. Aber man muss leider sagen, dass die Ausrüstung jnoch immer nicht ausreichend ist. So brauchen die Ordnungshüter zum Beispiel viel mehr Wärmebildkameras und Drohnen. Mehr Unterstützung bei der Ausrüstung wäre umso wichtiger, als

nahezu 100 % der illegal eingereisten Personen junge Männer im wehrfähigen Alter sind; unter ihnen gibt es praktisch keine Frauen oder Kinder.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) 52. Internationaler Eucharistischer Kongress in Budapest

04. 09. 2021



Bildquelle: Ungarnreal

Die Eucharistischen Weltkongresse gehören zu den großen öffentlichen Veranstaltungen der Kirche. Als solche unterstreichen sie die Rolle der Eucharistie im Leben der Christen und in der kirchlichen Praxis und rücken diese in den Vordergrund. 1881 wurden sie ins Leben gerufen, um Jesus Christus, der in der Eucharistie wahrhaft gegenwärtig wird, zu preisen und Zeugnis von seiner unendlichen Liebe zur Welt abzulegen. In den Christengemeinden lösten sie als Antwort auf die Erwartungen der Menschen historisch bedeutende Entwicklungsprozesse aus und leisteten so, ausgehend von der Eucharistiefeyer, einen Beitrag zur Schaffung einer menschlicheren, gerechteren und friedlicheren Welt.

Schon 1938 hatte Ungarn einmal einen Eucharistischen Weltkongress ausgerichtet, der ein denkwürdiges Ereignis war. Nun findet die Veranstaltung 82 Jahre später wieder an demselben Ort statt, allerdings unter historisch und gesellschaftlich völlig anderen Bedingungen.

Von Andreas Gutenbrunner, 03. September 2021, domradio.de

Ein überdimensionales Kreuz aus 64 mit Flugdrohnen gebildeten Lichtpunkten bildete kürzlich den Schlusspunkt des Großfeuerwerks über der Donau in Budapest zum ungarischen Staatsfeiertag. Die Regierung von Ministerpräsident Viktor Orban betont bei jeder Gelegenheit die christliche Identität des Landes.

Nun ist von 5. bis 12. September der 52. Eucharistische Weltkongress der katholischen Kirche in Budapest zu Gast. Das achttägige Programm des Eucharistischen Weltkongresses wird mit Erstkommunionfeier eröffnet und umfasst Katechesen und heilige Messen, Ausstellungen, Konzerte und einen Familientag auf der Margareteninsel. Prominenz aus Kirchen und Politik stellen sich in Ungarns Hauptstadt ein. Für Abschlussmesse kommt sogar **Papst Franziskus** zu einem Kurzbesuch in die ungarische Hauptstadt.

Stärkung des Glaubens

Nicht eine katholische Machtdemonstration soll das Großereignis aber sein, sondern *eine kirchliche "Öffnung zur Welt" und "eine Stärkung des Glaubens,"* wie der Budapester **Kardinal Peter Erdő** im Vorfeld mehrfach betonte. Das Verständnis und die **Verehrung des Sakraments der Eucharistie** in der Orts- und Weltkirche fördern und vertiefen sollen die alle paar Jahre in einer anderen Metropole stattfindenden Internationalen Eucharistischen Kongresse (IEC/NEK). Zudem bringt das geplante **Programm in Budapest** zum Ausdruck, dass **zwischen Frömmigkeit und karitativem Wirken ein untrennbarer Zusammenhang** besteht.

1.200 Erstkommunionkinder

Das wird bereits zum Auftakt deutlich: Eröffnet wird das Treffen am **Nachmittag des 5. September** – und zwar mit einem vom **Vorsitzenden des Rates der europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) Kardinal Angelo Bagnasco** geleiteten **großen Gottesdienst** auf dem Budapester **Heldenplatz**, bei dem **1.200 Erstkommunionkinder** zum ersten Mal die Eucharistie empfangen werden. Schon vorab organisieren die Kongressveranstalter aber auch ein Mittagessen für Obdachlose.

Abschlussgottesdienst mit Papst

Schlusspunkte sind am **Abend des 11. September ein Gottesdienst mit Kerzenprozession**, die vom **Kossuth-Platz** vor dem Parlament über den breiten Boulevard der Andrassy-Straße zum **Heldenplatz** führt. Dazu wird auch der **orthodoxe Ökumenische Patriarch Bartholomaios I.** erwartet. Tags darauf kommt **Papst Franziskus** morgens in Budapest an und feiert den **Abschlussgottesdienst des Weltkongresses**, bevor er nach Pressburg weiterreist. Es ist das erste Mal seit dem Jahr 2000, dass ein Papst persönlich am IEC teilnimmt.

Corona-Beschränkungen aufgehoben

Für die Tage des IEC hat Ungarns Regierung die nationalen Corona-Zugangsbeschränkungen zu Massenveranstaltungen aufgehoben. Staatssekretär Zoltan Kovacs sprach zuletzt von **rund 100.000 Menschen**, die sich rund um die Kongresstage in Budapest aufhalten werden. Wie groß vor allem die **Zahl internationaler Teilnehmer** sein wird, bleibt aber abzuwarten. Angesichts der internationalen Corona-Reisebeschränkungen ist zu erwarten, dass die Versammlung nicht so groß ausfallen wird wie frühere Treffen.

Bischöfe aus der ganzen Welt

Aus der Weltkirche erwartet werden neben dem **vatikanischen Kurienerzbischof Piero Marini** etwa die **Kardinäle Louis Raphael Sako (Bagdad), Charles Maung Bo (Yangon, Myanmar), Dominik Duka (Prag), Orani Joao Tempesta (Rio, Brasilien), John Onaiyekan (Nigeria) und Jean-Claude Hollerich (Luxemburg)** oder der **philippinische Erzbischof Jose Palma aus Cebu**, wo 2016 der vorige Weltkongress stattfand. Auch **Ungarns Präsident Janos Ader** gibt ein Glaubenszeugnis ab, "nicht nur als Präsident, sondern auch als katholischer Vater und Ehemann", wie Weltkongress-Generalsekretär Kornel Fabry erklärte.

Gottesdienst in Lovari-Romanes

Am **9. September** gibt es einen **Gottesdienst in Lovari-Romanes**, für den ein junger ungarischer Komponist erstmals die **in diesen Dialekt der Roma und Sinti übersetzten Hauptteile der katholischen Messe vertont** hat. Weitere besondere Gottesdienste finden etwa in der **Stephansbasilika** im Zentrum Budapests statt. Dort feiert der **melkitische griechisch-katholische Patriarch von Antiochien und Alexandrien, Yousif Absi**, am **8. September** eine Messe im byzantinischen Ritus.

Jugendveranstaltungen

Zum Programm gehören auch eine **Jugendveranstaltung in der Laszlo-Papp-Sportarena am 10. September** und tags darauf ein **Familientag auf der Margareteninsel**. Auf dem Platz vor der Stephansbasilika erwarten Besucher während der **Kongresstage Kulturveranstaltungen**, darunter die **St.-Stephans-Buchwoche** und eine Bühne mit **landestypischer Musik und Podiumsgesprächen**. Das **Ungarische Nationalmuseum** zeigt eine **Schau**, die unter dem Titel "Kreuzfeuer" **Christenverfolgung** thematisiert.

Geplant sind außerdem **zahlreiche Konzerte**. So tritt am 9. September in der Franz-Liszt-Musikakademie der **Synodal-Chor des orthodoxen Moskauer Patriarchats** auf. Parallel zum Kongress findet in Budapest das diesjährige "**Ars Sacra**"-Musikfestival statt.

Der Autor, Andreas Gutenberger ist Redakteur an der Katholischen Presseagentur Kathpress

Das Programm des 52. Internationalen Eucharistischen Kongresses auf Deutsch: www.iec2020.hu/de/program

Das Moderationsteam von EWTN. Katholischen TV mit Experten und Gästen ist in dieser Zeit täglich mehrfach live auf Sendung und begleitet den Weltkongress vor Ort. iec.ewtn.de/

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) „Wir arbeiten daran, Ungarn zu einem erfolgreichen Land zu machen“

05. 09. 2021



Bildquelle: Facebook

In diesem Jahr findet das traditionelle Picknick in Kötcsé (dt. Kötsching, Komitat Somogy) zum zwanzigsten Mal statt und ist immer ein wichtiger Treffpunkt für die rechtsgerichtete, bürgerliche Gemeinschaft.

Viktor Orbán trifft in Kötcsé ein:

„Ministerpräsident Orbán hat einmal gesagt, dass wir uns in einem Zeitalter der Migrationen und Epidemien befinden. Wir arbeiten daran, dass Ungarn ein erfolgreiches Land ist, das in der Lage ist, mit diesen Herausforderungen umzugehen“, erklärte Staatssekretär Balázs Orbán, der auch darauf hinwies, dass die Europäische Union für Ungarn der tragfähigste Rahmen ist, der Ungarn in den letzten 100 Jahren zur Verfügung stand, und dass Ungarn daran interessiert ist, dass die Europäische Union intakt und unversehrt bleibt.

„Wir müssen für die Zukunft Europas kämpfen und wir müssen dafür kämpfen, dass die Europäische Union zusammenbleibt. Aber nicht alle denken so: Es gibt Bürokraten in Brüssel und linksliberale politische Gruppen, die selbst in dieser schwierigen Situation nicht daran arbeiten, die Probleme zu lösen, sondern ihre fortschrittliche, liberale ideologische Agenda zu fördern.“

Er erinnerte daran, dass dies in vielen Bereichen zum Ausdruck kommt. „Ein solches Thema ist die Migration, wo die Frage der Quoten und der Massenaufnahme im Zusammenhang mit Afghanistan wieder aufgetaucht ist. Eine andere ist die Gender-Ideologie. In Brüssel scheint Gender-Lobbying wichtiger zu sein als der Schutz unserer Kinder. Und der dritte ist der Klimawandel, für den Brüssel die europäischen Bürger und damit auch die ungarischen Bürger zur Kasse bitten will, und nicht diejenigen, die für die Umweltverschmutzung verantwortlich sind“.

„Wir sehen Ungarn als einen sicheren Hafen in dieser unsicheren Welt. Wir wollen, dass dieser sichere Ort erhalten bleibt und weiter wächst. Sowohl unsere Politik der Familienförderung als auch unsere Politik der Schuldenreduzierung, das Prinzip Arbeit statt Hilfe, der Schutz der nationalen Identität und die Politik des Eintretens für die nationalen Interessen haben die Position Ungarns im letzten Jahrzehnt und darüber hinaus gestärkt“, betonte Balázs Orbán.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag reschen zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

23) Orbán: Nationalstaaten sollen über Migration entscheiden

Von Mariann Óry

01. 09. 2021



Ministerpräsident Viktor Orbán (j) und Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates, auf dem Strategieforum in Bled, Slowenien - Foto: MTI / Miniszterelnöki Sajtóiroda

Auf dem Strategieforum in Bled betonte der ungarische Ministerpräsident, dass Europa zusammenbleiben muss, und dafür brauchen wir wirtschaftlichen Erfolg.

Das Thema Migration beherrschte die Debatte über die Zukunft Europas auf dem Strategieforum in Bled (dt. Veldes). Ministerpräsident Viktor Orbán sagte, dass die Befugnisse zur Steuerung der Einwanderung den Nationalstaaten übertragen werden sollten.

Der slowenische Ministerpräsident Janez Janša rief bei der Eröffnung des Strategieforums in Bled am Mittwochmorgen zu einem starken Europa auf, das sich auf starke Mitgliedsstaaten stützt. David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments (EP), hielt die Grundsatzrede zur Eröffnung einer Podiumsdiskussion über die Zukunft Europas. Der italienische sozialistische Politiker, der als einziger der Teilnehmer kein Englisch sprach und seine Worte von einem Dolmetscher übersetzen ließ, sprach sich in einem Großteil seiner Rede für die Verteilung von Asylbewerbern aus.

In seiner Antwort auf eine Frage zum Wesen der Politik betonte Ministerpräsident Viktor Orbán, dass die Aufgabe der politischen Führer darin bestehe, das Volk und die Nation auf die Zukunft vorzubereiten, und dazu müssten sie zunächst verstehen, wie diese Zukunft aussehen werde. Danach muss festgelegt werden, welche Instrumente zur Verfügung stehen, welche nicht und wie letztere zu beschaffen sind. Der tschechische

Ministerpräsident Andrej Babiš betonte das Krisenmanagement, Janša die Notwendigkeit, unterschiedliche Interessen zu koordinieren, und der serbische Präsident Aleksandar Vučić trat für mutige Entscheidungen ein.

Die Migration war ein wichtiges Thema in der Debatte, wobei die führenden Politiker ihre Differenzen zum Ausdruck brachten. Im Gegensatz zu Sassolis einwanderungsfreundlichen Äußerungen vertrat der griechische Ministerpräsident Kiriakos Mikotakis die Ansicht, dass man aus den Fehlern der Migrantenkrise von 2015 lernen und Asylbewerbern vor Ort helfen und die Grenzen schützen sollte.

Orbán erinnerte daran, dass er 2015 der erste war, der davor warnte, dass die Massenmigration die Sicherheit und die kulturelle Identität Europas bedroht. Er wies auch darauf hin, dass es in dieser Frage erhebliche Meinungsverschiedenheiten gebe, und dass alle Befugnisse im Bereich der Migration an die Nationalstaaten zurückgegeben werden müssten, wenn man nicht wolle, dass sie die Union auseinanderreißen. Er wies auch darauf hin, dass Ungarn die demografischen Probleme nicht durch Migration, sondern durch eine traditionelle, christliche Familienpolitik angehen will.

Der tschechische Premierminister bezeichnete die Situation in Afghanistan als Schande und Katastrophe. Er erinnerte auch daran, dass er und Viktor Orbán ihr Veto gegen die „dumme Idee“ von Quoten eingelegt hatten.

Zum Thema Migration zog Sassoli eine Analogie zur Erfahrung des Zusammenbruchs des Römischen Reiches, worauf Viktor Orbán später erwiderte, dass die historischen Erfahrungen Ungarns eine relevantere Parallele darstellen, da alle Migranten, die heute in Europa ankommen, Muslime seien. Er warnte, dass die jetzt ankommenden Migranten die Zusammensetzung Europas verändern und unser gemeinsames christliches Kulturerbe in Frage stellen würden.

Auf die EU-Erweiterung angesprochen, betonte der ungarische Ministerpräsident, dass der Beitritt Serbiens zur EU von strategischer geopolitischer Bedeutung sei. Vučić äußerte sich enttäuscht über die Beitrittsverhandlungen. Er sagte, dass die westlichen Balkanländer wegen der Verzögerung ihrer EU-Integration nach eigenen Lösungen suchen, um ihre Interessen zu schützen, auch wenn nicht alle darüber glücklich sind.

Zur Zukunft Europas sagte Orbán, seine Vision sei es, „zusammen zu bleiben“. Dies setzt wirtschaftlichen Erfolg voraus, ohne den es keine politische Basis für gemeinsame Werte gibt.

Orbán führt Gespräche mit dem kroatischen Premierminister

Ministerpräsident Viktor Orbán diskutierte am Mittwoch im slowenischen Bled mit seinem kroatischen Amtskollegen Andrej Plenković über die politische Lage in Europa, die Zukunft der EU und die ungarisch-kroatische Zusammenarbeit, so Bertalan Havasi, Pressechef des Ministerpräsidenten, gegenüber der ungarischen Presseagentur MTI.

Bei dem Treffen dankte der kroatische Premierminister Ungarn für seine Hilfe bei der Beseitigung der Schäden, die das Erdbeben in Kroatien im vergangenen Jahr verursacht hatte.

Erörtert wurden auch aktuelle Fragen der ungarisch-kroatischen regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Bedeutung des Grenzschutzes.

Im Zusammenhang mit den laufenden Gesprächen über die Zukunft Europas waren sich Orbán und Plenković einig, dass Mitteleuropa seine Interessen in den Verhandlungen vertreten müsse.

MAGYAR HÍRLAP Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Slowenien

24) LGBT-Ideologie auch an slowenischen Schulen

Von Lucija Kavčič, Andrej Sekulović und Bogdan Sajovic

05. 09. 2021



LGBT - Bildquelle: Demokracija Archiv

Die Indoktrination mit der LGBT-Ideologie unter dem Deckmantel der „inklusiven“ Bildung ist in europäischen Schulen und Kindergärten immer häufiger anzutreffen; auch in Slowenien hat sie begonnen. Die Eltern sollten daher besonders darauf achten, was ihren Kindern in der Schule beigebracht wird.

Die LGBT-Ideologie schleicht sich durch verschlossene Türen in die slowenischen Schulen ein – zunächst nur subtil, mit einem Bild eines gleichgeschlechtlichen Paares hier und da; im Vorübergehen wird suggeriert, dass ein gleichgeschlechtliches Paar mit einem Kind eine Familie wie jede andere ist und dass es normal ist, dass Kinder in solchen Familien

aufwachsen. Dies ist bereits Teil des slowenischen Lehrplans, und zwar ab der untersten Klasse der Grundschule. Es bleibt der Lehrkraft überlassen, wie stark sie dies betont und ob sie die Kinder bittet, es zu wiederholen, wenn es um Noten geht. Aber trotzdem: Die Tür ist offen und viele Dinge können durch sie hindurchkommen. Sogar die „Normalität“ der Geschlechtsumwandlung, und das schon im frühen Alter vor der Pubertät. Um nicht zum Spielball einer Randgruppe von Menschen zu werden, die ihre perversen und kranken Überzeugungen und Praktiken durchsetzen wollen, müssen wir für unsere Positionen eintreten und deutlich machen, dass dies nicht akzeptabel ist. Dies ist eine elterliche Verantwortung für die gesunde Entwicklung von Kindern und nicht zuletzt für die gesunde Entwicklung einer Nation. Die Schule sollte die Eltern fragen, ob sie mit solchen Inhalten einverstanden sind, und ihnen die Wahl lassen, ob das Kind an solchen „Lehrveranstaltungen“ teilnehmen soll oder nicht. Was Eltern heutzutage erreichen können, ist, dass sie verlangen können, genau über die Lehrinhalte ihrer Kinder informiert zu werden, also Informationen, die sowohl Schulen als auch Kindergärten verpflichtet sind zu erteilen. Es ist sicherlich am besten, wenn die Eltern das genaue Programm schon zu Beginn des Schuljahres erfragen.

Ein Boykott ist notwendig

Wenn Eltern feststellen, dass ihren Kindern kontroversielle Inhalte angeboten werden, müssen sie sich genau überlegen, wie sie darauf reagieren sollen. Am besten wäre es, wenn sich mehrere gleichgesinnte Eltern zusammentun und fordern, dass solche Inhalte aus dem Lehrplan gestrichen werden und sie einen Boykott ankündigen. Sie sollten zudem mit den Kindern eine richtige Diskussion führen, und das nicht nur einmal! Man muss sich die notwendige Zeit nehmen, mit den Kindern zusammen zu sein und mit ihnen über die Werte zu sprechen, die für die Familie wichtig sind. Es ist wichtig zu erkennen, dass Kinder am stärksten von denjenigen beeinflusst werden, mit denen sie die meiste Zeit verbringen. Die Geschlechtsidentität ist ein sensibles Thema, und wenn sie zur Sprache kommt, ist es noch besser möglich, den Jugendlichen klarzumachen, worum es geht, nämlich ihn zu isolieren und ihn von der Familie und den traditionellen christlichen Werten zu lösen. In der Folge wird sonst die Masse der Menschen selbst zur Ware, die konsumieren soll und geführt werden muss. Es ist wichtig, im Auge zu behalten, dass es bei der LGBT-Ideologie um Macht und nicht um Werte geht.

LGTB-Ideologie

Vor Jahren wurde in Kindergärten damit begonnen, Mädchen und Jungen zum Geburtstag die gleichen Geschenke zu machen – in einem Jahr Autos, im nächsten Jahr Puppen. Und zwischendurch könnte die Lehrerin den Kindern sagen, dass es normal ist, wenn zwei Mädchen oder zwei Jungen heiraten. Zwischendurch und nebenbei könnten sie den Kindern vor dem Schlafengehen ein „Märchen“ vorlesen, das die LGBT-Ideologie nahelegt. Wenn Eltern dies verhindern wollen, sollten sie eine detaillierte Liste der Bücher oder Bilderbücher verlangen, die ihren Kindern vorgelegt oder vorgelesen werden. Vor allem sollten sie das tägliche Gespräch mit ihrem Kind nicht versäumen – wenn Eltern bemerken, dass ihren Kindern im Kindergarten etwas in Bezug auf Geschlechtsumwandlung oder das LGBT-Spektrum gesagt wurde, sollten sie den Kindergarten auffordern, dies sofort zu unterlassen.

Eltern, wehrt euch gegen die LGBT-Indoktrination eurer Kinder! Fordern Sie detaillierte Lehrpläne für Kindergärten, organisieren Sie sich in Elterninitiativen, sammeln Sie Unterschriften gegen ein solches Programm. Wenn Sie nicht anders können, boykottieren Sie solche Inhalte, wenn Sie können, und lassen Sie Ihr Kind zu Hause! Diese Art der Erziehung verändert das Kind, macht es in seinem Wesen unsicher und unglücklich.

Wolf im Schafspelz

Es sollte bekannt sein, dass in slowenischen Schulen seit einiger Zeit Bücher über Geschlechtsumwandlung gelesen werden. Es gibt zum Beispiel ein Buch mit dem Titel *Mein Name ist Damjan*. In der ersten Klasse und offenbar schon im Kindergarten wird hier von gleichgeschlechtlichen „Familien“ erzählt und sogar vorgelesen – z. B. aus dem Buch *Und mit Tango sind wir zu dritt*. Beispiele wie Rollenspiele in der Gesundheitserziehung, bei denen ein Gesundheitspädagoge die Schüler zwingt, in die Rolle eines Vaters und ein anderer in die Rolle eines schwulen Sohnes zu schlüpfen. Die obligatorische Aufführung des 1991 gedrehten Lesbenfilms *Fried Green Tomatoes* im Rahmen eines Kulturtages wurden bereits vor Jahren in den Medien erwähnt und darauf hingewiesen, dass Aktivisten von Amnesty International, feministische Organisationen (Frauenberatungszentren), LGBT-Organisationen und verschiedene NGOs, die „nicht-binäre Geschlechtsidentitäten“ propagieren, in Schulen unterwegs sind. Sie „erziehen“ Kinder über „Menschenrechte“, „gegen Homophobie, Transphobie und Stereotypen“, „gegen Gewalt gegen Frauen“, „Gleichstellung der Geschlechter“, „Akzeptanz anderer“ und so weiter.

Pseudowissenschaft

Wenn Sie glauben, dass all dies Kinder nicht beeinträchtigt oder schädigt, dann irren Sie sich, denn das Ergebnis der Pseudowissenschaft über Geschlecht und Sexualität, die in Programmen über Toleranz und Gleichstellung der Geschlechter implizit enthalten ist, ist, dass Kinder intolerant gegenüber den Befürwortern der Ehe zwischen einem Mann und einer Frau werden, intolerant gegenüber dem Bedürfnis des Kindes nach und dem Recht auf eine Mutter und einen Vater, und intolerant gegenüber der Akzeptanz des biologischen Geschlechts als einziges Kriterium für die Geschlechtsidentität. Wenn Sie nicht wollen, dass die slowenischen Schulen zu weiteren Störungen der sexuellen Identität von Kindern und Jugendlichen beitragen, müssen Sie sich aktiv dagegen wehren!

Die Situation in der EU

Das Mainstreaming von LGBT-Ideologie und Sexualtheorien in der Bildung hat zu Konflikten und Spaltungen zwischen Brüssel und einigen Ländern, vor allem in Mittel- und Osteuropa, geführt. Während die Vermittlung von Sexualtheorien in Westeuropa zur neuen Normalität wird, wehren sich einige Länder, vor allem Ungarn und Polen, gegen diese Indoktrination ihrer Kinder. Die Brüsseler Globalisten sind überzeugte Befürworter der LGBT-Agenda, was auch daran zu erkennen ist, dass sie Ungarn und andere Länder, die sich weigern, Änderungen in der Bildung in diesem Bereich vorzunehmen, ständig angreifen, und sogar neue Gesetze verabschieden, um diese Art von Gehirnwäsche unter dem Deckmantel der so genannten „LGBT-inklusive Bildung“ zu verhindern. Frankreich ist ebenfalls ein gutes Beispiel für die Legalisierung der LGBT-Indoktrination, nachdem die französische Nationalversammlung ein Gesetz verabschiedet hat, das vorschreibt, dass die Begriffe „Vater“ und „Mutter“ auf Schulformularen und in Schulen durch „Elternteil 1“ und „Elternteil 2“ ersetzt werden müssen. Dies ist ein typisches Beispiel für die „LGBT-inklusive Bildung“, die in vielen westlichen Ländern zur Norm wird.

Widerstand gegen die „neue Normalität“

Andererseits ist Ungarn wegen seiner Gesetzgebung, die gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption von Kindern verwehrt, in die Kritik geraten, da diese vorschreibt, dass das Kind eine biologische Mutter und einen biologischen Vater braucht. Insbesondere Ungarn steht unter Beschuss, weil es ein neues Gesetz vorschlägt, das unter anderem den Unterricht von LGBT-Ideologie und Gendertheorie in Schulen verhindern soll. Viktor Orbán kündigte vor

kurzem ein Referendum über die neue Gesetzgebung an, das wahrscheinlich erfolgreich sein wird, da laut einer Umfrage des Think-Tanks Századvég 73 % der Ungarn jede Form der Förderung der sexuellen Orientierung von Erwachsenen bei Kindern ablehnen. Polen geriet im vergangenen Jahr auch in die Kritik Brüssels, als Dutzende von Gemeinden, Landkreisen und Regionen im Südosten Polens Zonen ohne LGBT-Ideologie erklärten, was unter anderem bedeutet, dass sie jegliche LGBT-Indoktrination in Schulen ablehnen. Letztes Jahr unterzeichnete der polnische Präsident Andrzej Duda auch die Erklärung für Familienwerte, in der er sich verpflichtete, dass Polen „Kinder vor der LGBT+-Ideologie schützen“ und die Aufnahme und den Unterricht der LGBT-Ideologie in polnischen Schulen und öffentlichen Einrichtungen verbieten werde. Rumänien, wo ein Bündnis rechtsgerichteter Parteien ein Gesetz gegen den Unterricht von LGBT-Ideologie in Schulen vorgeschlagen hat, wird sich diesen beiden Ländern im Kampf gegen die „neue Normalität“ wohl anschließen.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

25) Slowenien: 16,3 % BIP-Wachstum im zweiten Quartal

01. 09. 2021



Das Bruttoinlandsprodukt der Republik Slowenien ist im zweiten Quartal 2021 auf Jahresbasis um 16,3% gewachsen · *Bildquelle: Regierung der Republik Slowenien*

Das slowenische Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im zweiten Quartal dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr um 16,3 Prozent gestiegen. Nach Angaben des nationalen statistischen Amtes trugen zu diesem Wachstum vor allem der Konsum der privaten

Haushalte und die Bruttoinvestitionen bei. Nach Angaben des Statistischen Amtes der Republik Slowenien (SURS) war auch das Wachstum des Außenhandelsvolumens hoch.

Laut SURS stiegen die Bruttoinvestitionen bei den meisten Anlagegütern und lagen im Durchschnitt um 19,2 % höher als im Vorjahr. Am stärksten stiegen die Investitionen in sonstige Maschinen und Ausrüstungen um 43,2 %. Auch die Vorräte nahmen zu und trugen 3,4 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei.

Höherer Konsum, höhere Importe und Exporte, höhere Beschäftigung

Der Konsum der privaten Haushalte stieg um 18,8% und damit noch stärker als im zweiten Quartal 2019. Die Ausgaben der privaten Haushalte für Käufe aller Arten von Waren und Dienstleistungen waren deutlich höher.

Im Vergleich zum zweiten Quartal des Vorjahres stiegen die Einfuhren zwischen April und Juni um 34,9 Prozent und die Ausfuhren um 30,2 Prozent. Sowohl die Exporte und Importe von Waren als auch die Exporte und Importe von Dienstleistungen nahmen zu, letztere allerdings etwas weniger stark.

Der Beitrag des Außenhandelsüberschusses zum BIP-Wachstum war dieses Mal negativ (0,3 Prozentpunkte), was auf eine höhere Wachstumsrate der Importe als der Exporte und schwächere Terms of Trade zurückzuführen ist, so das nationale Statistikamt.

Im zweiten Quartal waren in Slowenien insgesamt 1.044.000 Menschen beschäftigt, etwa 14.000 oder 1,4% mehr als im zweiten Quartal 2020. Die meisten neuen Arbeitsplätze gab es in der verarbeitenden Industrie, im Gesundheits- und Sozialwesen, in anderen diversifizierten Wirtschaftszweigen und im Bauwesen. In einigen Branchen ging die Beschäftigung zurück, vor allem im Gastgewerbe, wo der Rückgang diesmal weniger ausgeprägt war als in den beiden vorangegangenen Quartalen.

Slowenien ist eines der leistungsstärksten Länder in der EU

Dies bestätigt, dass Slowenien eines der leistungsstärksten Länder innerhalb der EU ist, wie die analytische Journalistin Vida Kocjan in der neuen Ausgabe von *Demokracija* darlegen wird.

„Slowenien gehört zu den Ländern mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in der Europäischen Union, slowenische Anleihen liegen nur hinter den vier europäischen Ländern mit der höchsten Bonität und gehören zu den fünf vertrauenswürdigsten Ländern für ausländische Investoren. /.../ Das Vertrauen in unser Land auf den internationalen Finanzmärkten ist daher extrem hoch.

Laut Kocjan ist all dies „das Ergebnis der guten und integrativen Arbeit der slowenischen Regierung und der Wirtschaft“: „Indem die Regierung während der Epidemie des neuen Coronavirus die richtigen und rechtzeitigen Maßnahmen ergriffen hat, hat sie viele Arbeitsplätze gerettet und die großen sozialen Härten der Bürger gemildert. Ohne sie sähe die Situation im Land heute anders aus und das Leben wäre viel schwieriger.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Rumänien

26) Regierungskoalition in Rumänien geplatzt

09. 09. 2021



Premierminister Florin Ciuță droht ein Misstrauensvotum im rumänischen Parlament; die Aufnahme entstand im Januar 2020 bei einer Pressekonferenz als damaliger Finanzminister · Foto: Wikimedia Commons

Eine schwere Koalitionskrise beherrscht die rumänische Politik. Die bürgerliche Koalition aus Liberalen (PNL), der Reformpartei USR-Plus und dem Ungarnverband (UDMR) zerbrach am 3. September, nachdem die Reformpartei dem liberalen Regierungschef Florin Cîțu das Vertrauen entzogen und angekündigt hatte, alle USR-Plus-Minister zurücktreten zu lassen.

Da Premieminister Florin Cîțu seinen geforderten Rücktritt ablehnte, wurde der von der Reformpartei angeforderte Misstrauensantrag gegen die Exekutive noch am selben Abend gemeinsam mit der oppositionellen rechtsnationalistischen Allianz für die Union der Rumänen (AUR) eingereicht.

Vorangegangen waren der Krise die Entlassungen des Gesundheitsministers Vlad Voiculescu im April sowie des Justizministers Stelian Ion Anfang September durch Premierminister Florin Cîțu – beide entlassene Minister sind USR-Plus-Mitglieder. Rumänische Politbeobachter glauben, dass es sich um ein bewusstes Manöver der regierenden Nationalliberalen Partei mit dem Segen des Staatspräsidenten Klaus Johannis handle und der Misstrauensantrag im rumänischen Parlament gute Aussichten habe, den Sturz der derzeitigen Regierungskoalition herbeizuführen.

Quelle: [Siebenbürgische Zeitung](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER